

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 1.80 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4.25 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 12 Pf. Vertriebskosten für den Auslandabnehmer 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Ehrenausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration des Blattes, Kassenkarte 1.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des letzten Wortes 25 Pfennig (jeweils zwei getrennte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenbeleg das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Tempelhofstraße Lindenstr. 3.

Schobers Regierungserklärung.

Zweideutige Wendungen über die Heimwehr. — Wachsendes Mißtrauen der Sozialdemokratie.

Wien, 27. September.

Der Beginn der für 11 Uhr anberaumten Sitzung des Nationalrats verzögerte sich bis gegen 12.45 Uhr, da, wie verlautete, einige Änderungen und Ergänzungen in der Regierungserklärung, besonders hinsichtlich der Stelle über die Heimwehr sowie ein von der Großdeutschen Partei an den Präsidenten des Nationalrats gestelltes Verlangen, den zehnjährigen Erinnerungstag an St. Germain in gebührender Weise zu begehen, noch eingehendere Besprechungen der Parteiführer und der Regierung erforderten.

Bundeskanzler Schöber

erinnerte zu Beginn seiner Ausführungen an das Jahr 1921, als er damals aus der Rot der Zeit und der Rot des Landes heraus zur Regierung berufen wurde: „Leider muß ich auch in der Einleitung meiner heutigen Erklärung auf das damalige Wort zurückgreifen, auch diesmal sieht sich die Regierung einer sehr wichtigen Lage gegenüber. Die politische Lage war in den letzten Monaten stark zugespitzt. Aus breiten Schichten der Bevölkerung erkante der Ruf nach durchgreifenden Reformen auf dem Gebiete der Verfassung und der Verwaltung. Es hieß, die Augen vor der Wahrheit verschließen und Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn man übersehen würde, daß eine starke Volksbewegung Träger dieses Gedankens ist. Gerade in einem demokratischen Staatswesen kann und darf eine solche Bewegung als Ausdruck der Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung von der Regierung nicht übersehen werden, auch dann nicht, wenn die Träger dieser Bewegung der Regierung nicht angehören.“

In diesem Zusammenhang sei

ein Wort über die Heimwehrbewegung

gestattet. Der Aufschwung dieser Bewegung ist unumkehrbar auf die Geschehnisse von Mitte Juli 1927 zurückzuführen. Tadellose Männer aus allen Schichten der Bevölkerung gehören den Heimwehren an in der Erkenntnis, daß viele unserer öffentlichen Einrichtungen dringend der Abänderung bedürfen. Das bisher eingeschlagene Tempo der Behandlung solcher Fragen auf parlamentarischem Boden ist derart schleppend, daß der Ruf nach Reform immer stärker geworden ist. Manche Leute haben diese Erscheinung als eine auf Putsch und Bürgerkrieg abzielende bezeichnet. Das ist verfehlt und ungerechtfertigt und hat bereits dazu geführt, daß im Auslande eine ganz falsche Vorstellung erweckt wurde. Ich muß daher mit aller Entschiedenheit der im Auslande verbreiteten Annahme entgegenreten, daß es sich hier um eine gewalttätige, auf Umsturz gerichtete Bewegung handelt. Unsere Aufgabe wird es sein,

entsprechenden Kontakt mit den Heimwehren zu unterhalten,

um jene Bewegung auf den Weg zu leiten, der zur Erfüllung ihrer Forderungen, so weit sie berechtigt sind, auf legalem Wege führt. Im übrigen stelle ich neuerlich im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung und in genauer Kenntnis der Sachlage fest, daß die Machtmittel des Staates stark und ausreichend und vollkommen verlässlich sind und daher in jeder Hinsicht dieser Lage gewachsen sind.

Eingehend befaßte sich der Bundeskanzler mit der

Verfassungsreform.

die die Regierung rasch fördern werde und die in ihrem Grundgedanken auf eine Stärkung der Staatsgewalt und die geordnete Entwicklung des Staatslebens und der Wirtschaft hinauslaufe. In erster Linie soll die Stellung des Bundespräsidenten erweitert werden, besonders durch das Recht zur Ernennung und Entlassung der Bundesregierung sowie zur Auflösung des Nationalrates, ferner durch den Oberbefehl über das Bundesheer und durch die Befugnis, in bestimmten Fällen die notwendigen gesetzgebenden Anordnungen zu erlassen, schließlich durch das Recht, bei erheblichen Unruhen den Ausnahmezustand zu verhängen, um durch sofortiges Eingreifen Situationen zu vermeiden, deren Behebung große Opfer in jeder Hinsicht kosten müsse. Um die erforderliche Verfügung über die Sicherheitsmittel des Staates zu haben, sei eine Regelung der Polizeifrage notwendig.

Eine Neuregelung wird auch die Stellung Wiens

erfahren müssen, wobei der Bedeutung und dem eigenartigen Charakter der Hauptstadt voll Rechnung getragen, aber auch der Gedanke berücksichtigt werden soll, daß die Bundeshauptstadt das ideale Eigentum aller Bürger der Republik ist. Schließlich soll den Verfassungen Einfluß auf die Gesetzgebung eingeräumt, eine Reform des Wahlrechts durchgeführt und der Finanzausgleich mit den Ländern auf eine neue Basis gestellt werden.

Die Arbeiten der früheren Regierung zur Prüfung und Behebung der Ursachen der wirtschaftlichen Krise werden fortgesetzt werden. Besonders soll den Einsparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung, der Hypertrophie der parlamen-

tarischen Einrichtungen in Bund, Ländern, Bezirken und Gemeinden besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Der Bundeskanzler erklärte weiter, daß die auswärtige Politik der Regierung keine grundsätzlichen Änderungen erfahren werde. Unsere Politik ist eine Politik der Freundschaft mit allen Staaten, besonders mit unseren Nachbarn. Daraus folgt, daß die Politik der Republik eine der Neutralität ist und bleiben wird. Wir treten keiner Staatsgruppe bei und richten unsere Politik gegen niemand. Wir wissen uns darin eins mit der Politik des Deutschen Reiches, dem wir in bösen wie in guten Tagen brüderliche Treue bewahren.

Zum Schluß appellierte der Bundeskanzler an das Haus und sagte: „Wir wollen eine Regierung sein der Tat und der Arbeit für das gesamte Volk, und bei diesem Wert müssen Sie uns helfen.“ (Lebhafte Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

In der Debatte kritisierte als erster Redner der sozialdemokratische Abgeordnete

Dr. Danneberg

an der programmatischen Erklärung des Bundeskanzlers zunächst, daß sie angesichts der gegenwärtigen Lage Österreichs die unbedingt wünschenswerte Klarheit und Deutlichkeit vermissen lasse. Besonders sei nicht zum Ausdruck gekommen, was man mit der Verfassungsreform eigentlich wolle, denn eine Verfassung und eine Verfassungsreform hätten nur dann einen Sinn, wenn auch die Sicherheit für die Verfassung gewährleistet erscheine und nicht Unternehmer und Großgrundbesitzer bewaffnete Heerhaufen organisieren könnten. Die Mehrheit des Parlaments könne jedenfalls zwar wohl die parlamentarischen Arbeiten bestimmen, nicht aber die Sozialdemokraten zur Stimmabgabe in einer bestimmten Richtung zwingen. Einzelne der angeregten Verfassungsfragen seien immerhin der Erwägung wert, nur wäre es zu wünschen, daß sie im Parlament in ihrer Gesamtheit und nicht stückweise behandelt werden. Uebrigens erscheine den Sozialdemokraten angesichts der wirtschaftlichen Notlage die Verfassungsreform durchaus nicht so dringlich, als es von den Heimwehren hingestellt werde. Was die Person des Bundeskanzlers betreffe, so komme er von einer Tätigkeit her, die von vornherein keineswegs Sympathien genosse, und die

Ereignisse des Juli 1927

hätten eine allgemeine Mißstimmung in der Arbeiterklasse gegen ihn ausgelöst, die durch die Tatsache der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Rathhaus (Seib — Red.) und der Polizeidirektion (Schöber — Red.) nicht aus der Welt geschafft werden könne. Wenn die Äußerungen des Bundeskanzlers über den Kontakt mit den Heimwehren

etwa in dem Sinne eines Paktierens

gemeint gewesen wären, so würde sein Bekenntnis, das er in anderer Eigenschaft vor einigen Wochen abgegeben habe, als ein hohles Wort erscheinen, und die Regierung würde auf demselben Boden stehen wie die Regierung Stresemann. Unter solchen Umständen müßten die Sozialdemokraten der Regierung mit Mißtrauen und in geschlossener Opposition gegenüberstehen. Das Vertrauen der Arbeiterklasse könne sich die Regierung nur durch Taten erwerben. Die Sozialdemokratie werde ihre Pflicht im Dienste der Republik und der Arbeiterklasse erfüllen.

Sie fürchte sich nicht: weder vor der Heimwehr, noch vor einer Regierung, möge sie auch eine Regierung der eisernen Hand genannt werden. Die Sozialdemokratie lasse sich nicht einschüchtern und nicht provozieren.

Im hundertsten von Versammlungen habe die Arbeiterklasse ihre Entschlossenheit bekundet, ihre Rechte und die Rechte der demokratischen Republik zu verteidigen. „Rechnen Sie damit“, so erklärte Danneberg zum Schluß, „und ziehen Sie daraus die Konsequenzen.“

Der christlich-sozialistische Abgeordnete

Kunhardt

erklärte, daß seine Partei nicht wegen des Regierungsprogrammes Vertrauen zu Schöber hätte. Sie habe schon früher zu ihm Vertrauen gehabt und werde ihn unterstützen. Nehmliche Erklärungen gaben auch die Vertreter der Großdeutschen und des Landbundes ab.

Schöber an Hermann Müller.

Bundeskanzler Schöber hat an Reichskanzler Müller folgendes Telegramm gerichtet: „Bei der Übernahme der Regierungsgeschäfte der Republik Österreich ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Sie, Herr Reichskanzler, zu versichern, daß mir und allen Mitglieðern meiner Regierung die Freundschaft und der Ausbau innigster Beziehungen zwischen dem deutschen Brudervolk und Österreich besonders am Herzen liegt.“

Sozialistischer Kulturtag.

Der jüngste Zweig der modernen Arbeiterbewegung.
Von Heinrich Schulz.

In Frankfurt a. M. findet am Sonnabend und Sonntag eine sozialistische Kulturtagung statt. Veranstalter ist der Sozialistische Kulturbund, der seine Legitimation wiederum von der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung erhält.

Der Sozialistische Kulturbund ist keine selbständige Organisation mit zahlreichen Mitgliedern und eigener Satzung und Kassenführung, er ist ein Aktionsauschuß, eine anregende und leitende Spitze für die kulturellen Organisationen und Bewegungen der sozialistischen Arbeiterklasse. Die sozialistische Bildungs- und Jugendbewegung mit ihren pädagogischen Abzweigungen der Lehrer und der Kinderfreunde, die Arbeiterwohlfahrt, die Arbeiter Sportbewegung und der Arbeitergesang bilden eine organisatorische Grundlage des Sozialistischen Kulturbundes, die durch eine Reihe weiterer kultureller Organisationen, so vor allem durch die Volkshörsaalbewegung, erweitert und verstärkt wird. Für bestimmte Aufgaben zieht der Sozialistische Kulturbund noch andere Verbände und Bewegungen zur Mitwirkung heran, so daß er der tatsächliche Vorführer und Begleiter der sozialistischen Arbeiterbewegung in allen kulturellen Fragen ist. Die regelmäßige Berichterstattung an den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie läßt diese Vertrauensstellung noch klarer erkennen und bedeutet für ihn zugleich Entlastung und Beauftragung.

Der Sozialistische Kulturbund ist erst nach dem Krieg entstanden. Im alten Obrigkeitsstaat wäre für ihn kein Platz und keine Arbeitsmöglichkeit gewesen. Nicht nur, daß die Vereinsgesetzgebung jener Zeit in Verbindung mit behördlichen und polizeilichen Verfolgungen ihm das Leben schwer gemacht hätte, er würde auch keinen Widerhall über die engeren Parteikreise hinaus gefunden haben. Die Angelegenheiten der sozialistischen Kultur mußten damals in engen Funktionskreisen erledigt werden. Die sozialistische Bildungsbewegung befand sich wie die sozialistische Arbeiterbewegung überhaupt noch in einer Art Schello.

Nach dem Kriege fielen die lächerlichen vereinsrechtlichen Fesseln, nach dem Kriege stieg die Sozialdemokratie über Nacht außerordentlich in der öffentlichen oder doch öffentlich zur Schau getragenen Wertschätzung. Vor allem strömten der sozialistischen Bewegung Tausende und aber Tausende Männer und Frauen des geistigen Deutschland zu, Männer und Frauen, die nicht wie bisher durch wirtschaftliche Not unter dem Druck schwer erlämpfter politischer Erfahrungen und Erkenntnisse zur Partei gekommen waren, sondern die plötzlich im Sozialismus, bis dahin von ihnen falsch gesehen und unterschätzt, den einzigen Retter aus politischer, wirtschaftlicher und kultureller Not erkannten.

Jetzt galt es, neue Tore für den Sozialismus zu öffnen. Neben der Partei, neben den Gewerkschaften und Genossenschaften mußten organisatorische Formen und werbende Einrichtungen geschaffen werden, die den neuen Zustrom auffingen und ihm zugleich Gelegenheit gaben, mit dem Sozialismus geistig und seelisch zu verwaschen. Die alten Bildungseinrichtungen der Vorkriegszeit behielten ihre Bedeutung wie bisher für die Schulung und kulturelle Förderung der organisierten Arbeiter. Aber sie mußten doch über diese engeren Aufgaben hinaus neue Ziele aufsuchen. Sie mußten Verbindungen mit den übrigen Volksmassen schaffen und Wege schlagen und bahnen von der sozialistischen Kulturwelt zum überlieferten Kulturgut.

In Dresden fand im Jahre 1921 der erste sozialistische Kulturtag statt, der in der gärenden Unruhe jener Tage zwar zu einer weithin leuchtenden Fackel wurde, aber über die Ziele und Wege der sozialistischen Kultur im neuen Volksstaat noch zu keiner ausreichenden Klärung gelangte. Im Jahre 1924 fand in Leipzig der zweite Kulturtag statt, dessen Bedeutung vornehmlich darin bestand, daß er die Notwendigkeit einer neu fundierten und bis zu einem gewissen Grade auch organisatorisch selbständigen und aktiven sozialistischen Kulturbewegung erkannte. Die Auswertung der Ergebnisse der Leipziger Tagung führte zur Gründung des Sozialistischen Kulturbundes.

Dieser jüngste Zweig der modernen Arbeiterbewegung sah seine nächste Arbeit in der Feststellung seines Arbeitsgebietes und seiner Aufgaben. Mit dem sozialistischen Kulturtag in Blankenburg im Jahre 1926 trat er zum erstenmal in breiter Front vor die Öffentlichkeit, indem er sein Programm in einer Reihe grundsätzlich wichtiger und orientierender Referate mit anschließenden Debatten darlegte. Neben ständigen Aufgaben, wie sie der Bildungsarbeit, der Jugendbewegung, den pädagogischen und fürsorgerischen Einrichtungen, den Theater-, Musik- und Sportorganisationen im Sinne ihrer Sonderprogramme obliegen, wurden aktuelle Fragen wie die Bekämpfung von Schmutz und Schand, wie das Reichsschulgesetz, vom Standpunkt der sozialistischen Kultur behandelt. Die Blankenburger Tagung brachte viel, vielleicht zu viel und mußte Einzelproblemen darum vieles schuldig bleiben.

Der sozialistische Kulturtag in Frankfurt a. M. ist demgegenüber eine weisse Beschränkung. Er hat zwei Probleme zur Erörterung gestellt: Film und Funk, zwei kulturelle Bewegungen, die jüngster und allerjüngster Technik ihr Dasein verdanken. Beide befinden sich in stürmischer Entwicklung, besonders das Funkwesen, beide haben in kürzester Zeit den stärksten Einfluß auf die breitesten Volksmassen gewonnen, beide enthalten gewisse Gefahrenquellen für die Kultur, aber unendlich größer und stärker sind doch die Quellen, aus denen sich von ihnen aus wertvollste und fruchtbarste Stöße über das gesamte Kulturleben des Volkes ergehen können. Es gilt, die wenigen Gefahren zu erkennen und zu bannen, viel wichtiger aber ist es, darüber hinaus das Filmwesen und das Funkwesen als gebende Kräfte und die Volksmassen als Ruhnieher dieser Kräfte anzuregen und aufeinander abzustimmen. Die arbeitende Bevölkerung, zahlenmäßig stark, wirtschaftlich schwach, hat das größte Interesse daran, Film und Funk nicht auch wie die älteren Kulturinstitutionen, wie Theater und Konzert, wie Bücher und Kunstwerke, zu mehr oder weniger ausschließlichem Vorrecht der Begüterten werden zu lassen, sondern aus ihnen stärkste Hebel für die allgemeine Volkskultur zu machen.

Den künstlerischen Höhepunkt der Tagung wird ein Konzert bilden. Der Sozialistische Kulturbund hat durch ein Preisausschreiben jüngere Komponisten zu Ton- und Schöpfungen angeregt, die aus der Gefühls- und Gedankenwelt der kämpfenden sozialistischen Arbeiterklasse heraus geboren zugleich erhehend und begeisternd auf sie zurückwirken sollen. In dem Festkonzert des sozialistischen Kulturtages erleben die preisgekrönten Tondichtungen ihre Uraufführung. Das Konzert wird auf den Frankfurter Sender und von hier auf fast sämtliche deutschen Sender übertragen; sicherlich wird es noch weit über Deutschlands Grenzen hinaus gehört. So tritt in Frankfurt a. M. durch die Musik symbolhaft der Fortschritt unserer Tage technisch, künstlerisch und sozial in die Erscheinung: der Sozialismus, einsetzt, verläßt und verfolgt, verläßt der Welt seine kulturelle Mission!

Volkspartei und Arbeitslose.

Gegen Beitragserhöhung, für allgemeinen Abbau.

Die Reichstagsfraktion der Volkspartei hatte gestern eine Sitzung, an der die Minister Stresemann und Curtius teilnahmen. Ueber ihr Ergebnis wird mitgeteilt:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei billigt nach eingehender Besprechung der Vorläufe zur Reform der Arbeitslosenversicherung einmütig die Haltung ihrer Vertreter im Sozialpolitischen Ausschuss.

Sie hält an der Auffassung fest, daß ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung unter Wahrung aller berechtigten sozialen Gesichtspunkte ohne Beitragserhöhung und ohne neue Belastung des notleidenden Reichshaushalts möglich ist, wenn die von der Deutschen Volkspartei wiederholt gegebenen Anregungen zur Grundlage der Reform gemacht werden. Sie erklärt in der Sanierung der Arbeitslosenversicherung die erste notwendige Maßregel zur Herbeiführung einer Gesundung der deutschen Wirtschaft und der Wiederherstellung geordneter Reichsfinanzen. Sie beauftragt ihre Vertreter, die Verhandlungen in diesem Sinne weiterzuführen.

Falls dieser Mitteilung mehr als akademischer Charakter zukommt, geht es bei der Abstimmung über die Beitragserhöhung im Reichstagsplenum um zwei Möglichkeiten. Entweder die Beitragserhöhung wird von einer knappen Mehrheit — Weimarer Koalition plus Bayerische Volkspartei — angenommen oder von einer knappen Mehrheit — Kommunisten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen, Nationalsozialisten und sonstige Splinter — abgelehnt. In dem zweiten Fall würde dieser Ablehnungsmehrheit die Aufgabe zufallen, die Reform der Arbeitslosenversicherung ohne Beitragserhöhung positiv zu gestalten.

Die Folgen der Rationalisierung.

Frauen besser, Männer schlechter beschäftigt.

Amlich wird gemeldet: Vom 31. August bis zum 15. September ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 726 000 auf 735 000, also um 9000 oder 1/2 Proz. gestiegen. Diese Zunahme erstreckt sich allein auf die männlichen Hauptunterstützungsempfänger, die um 1500 Personen angewachsen sind, während die unterstützten Frauen um 7000 abgenommen haben. Diese verschiedenartige Entwicklung bei den beiden Geschlechtern dürfte größtenteils auf die Befehung in denjenigen Industriezweigen zurückzuführen sein, die besonders weibliche Arbeitskräfte beschäftigen. Die Hauptunterstützungsempfänger in der Krise unterstützung haben in der ersten Septemberhälfte um rund 2000 Personen zugenommen; ihre Zahl belief sich daher Mitte des Monats auf rund 159 000.

Wenn es auch im vorstehenden Bericht heißt, daß der gleichzeitige Rückgang der Zahl der weiblichen und die Zunahme der männlichen Unterstützungsempfänger „größtenteils“ zurückzuführen sein dürfte auf die Befehung der Industriezweige, die vornehmlich Frauen beschäftigen, so ist mit dieser mutmaßlichen Teilerklärung nichts gesagt. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Rationalisierungsercheinung. Bisher war der Vorgang so, daß der Abstieg bei den Männern schneller, der Aufstieg langsamer als bei den Frauen vor sich ging. Nun ist trotz der wachsenden Entlassung von Arbeitskräften die Wiederaufsaugung durch die anziehende Konjunktur so groß geworden, daß bei den weiblichen Arbeitskräften — die vornehmlich die männlichen Angehörigen ersetzen — eine Abnahme der Arbeitslosigkeit eintritt. Es beweist für die gute Konjunktur und die starke Rationalisierung, die zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führt.

Einigung Henderson-Dowgalewski.

Zuerst Ernennung der Vorschläge.

Wie amlich mitgeteilt wird, haben die Vorbesprechungen zwischen den Vertretern Englands und Sowjetrusslands zu einer Vereinbarung geführt, wonach eine Reihe von Fragen durch Verhandlungen zu regeln sind, wenn die diplomatischen Beziehungen durch wechselseitige Ernennung von Botschaftern in vollem Umfang wieder aufgenommen sein werden. Die Vorbesprechungen werden am Dienstag weitergeführt werden.

Reichstagsattentat aufgeklärt?

Ernst v. Salomon schwer belastet.

Vor dem Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Masur wurde gestern der Arbeitslose L. mit den Brüdern von Salomon konfrontiert. L. hatte bei der Polizei ausgesagt, daß er in der Nacht vom 31. August zum 1. September beim Brandenburger Tor zwei Männer beobachtet habe, von denen einer ein großes, vierseitiges Paket unter dem Arm trug. Einige Zeit später kamen die Männer ohne Paket wieder und fuhren von der Dororothenstraße mit einem Auto, das dort gehalten hatte, weg. Wieder einige Zeit später hörte L. die Explosion.

Bei der Konfrontation erklärte L. mit voller Bestimmtheit, in Ernst von Salomon einen der Männer aus der Attentatsnacht wiederzuerkennen. Der Aussage Ls wird erhebliche Bedeutung beigemessen.

Hamkens aus der Haft entlassen.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Luetzgebrens, Göttingen, sind gestern vom Untersuchungsrichter beim Landgericht I, Berlin, Landgerichtsdirektor Dr. Masur, die in der Bombenattentatsangelegenheit angeschuldigten Landvolkangehörigen, Hofbesitzer Hamkens, Diplomaltdwirt Rütthmann und Siedler Matthes aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung ist erfolgt, weil ein dringender Tatverdacht an den Sprengstoffattentaten bei diesen Angeeschuldigten nicht mehr vorliegt und im übrigen Flußverdacht nicht mehr begründet ist, weil es sich um Hof- und Grundbesitzer handelt. Gegen die Haft aus der Haft Entlassenen liegt nicht mehr der Verdacht eines Verbrechens, sondern nur eines Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen Unterlassung einer Anzeige vor.

Hamkens wieder verhaftet!

Nachdem die in der Bombenunteruchungshaft befindlichen Hofbesitzer Hamkens und Landwirt Rütthmann gestern abend nach Aufhebung des Haftbefehls im Haftprüfungsverfahren aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit entlassen waren, wurden sie am Tor des Untersuchungsgefängnisses von Beamten der Politischen Polizei wieder festgenommen. Sie wurden trotz ihres Protestes zum Polizeipräsidenten gebracht, wo sie sich zurzeit noch befinden. Gegen die neue Verhaftung durch die Politische Polizei hat der Verteidiger der Inhaftierten, Rechtsanwalt Dr. Luetzgebrens, sofort telegraphischen Protest an den Polizeipräsidenten gerichtet.

Heinz und die Bomben.

Hausdurchsuchung bei dem Abenteuerer.

Hannover, 27. September. (Eigenbericht.)

Der „Volkswille“ berichtet am Freitag, daß die hannoversche Polizei bei einem gewissen Leusant a. D. Heinz Hausdurchsuchungen vorgenommen hat, weil er in dringendem Verdacht steht, mit den Bombenattentätern in Verbindung gestanden zu haben. Das Ergebnis der Hausdurchsuchung und der Vernehmung richteten jedoch zu einer Ueberführung des Heinz nicht aus. Er steht jedoch nach wie vor in dringendem Verdacht der Mitwisserschaft.

Heinz war bis vor kurzer Zeit Redakteur des hannoverschen Hüller-Organs „Der niedersächsische Beobachter“ und zugleich Führer der hannoverschen Rationalisten.

Überall, wo in den Jahren nach der Revolution ein politischer Mord oder ein Attentat geschmiedet oder ausgeführt wurde, war Heinz dabei. Er war allerdings immer so gerissen, sich vorher ein Alibi zu verschaffen, so daß er jedesmal mit einem blauen Auge davon gekommen ist. Am 16. September 1921 wurde Heinz, der kurz vorher den Besuch Allingers empfangen hatte unter dem Verdacht eines Verbrechens nach § 139 des StGB. festgenommen. Der Untersuchungsrichter nahm nicht ohne Grund an, daß Heinz von dem Vorhaben der Ermordung Erzbergers Kenntnis erhalten hatte. Am 13. Oktober 1921 wurde Heinz wieder aus der Haft entlassen, da sich nicht genügend Anhaltspunkte gegen ihn ergeben hatten. Am 24. Juni 1922 wurde Heinz abermals verhaftet. Diesmal mit dem Kapitän Lilliesen, dem Bruder des Erzberger-Mörders und dem Geschäftsführer Ehrhardt, Bloß. Es ist ferner anzunehmen, daß Heinz auch an dem Attentat auf Scheide-mann beteiligt war und die damals benutzte Biauläure persönlich nach Kassel gebracht hat. Er wurde aber sowohl im Rathenau- wie im Scheidemann-Prozess freigesprochen. Auch beim Hitler-Buß war er aktiv beteiligt und sah deshalb lange in Haft. Von 1925 bis 1927 war Heinz führend in der Bundesleitung des Stahlhelms tätig. Doch schied er aus, weil er wegen Anstiftung zum Mord verhaftet wurde. Wiederum sah er monatelang hinter Gittern und wiederum wurde er damals trotz einer Fülle von Belastungsmaterial in diesen freigesprochen. Im Verlauf der Verhandlungen erklärte Kriminalkommissar Tormann-Frankfurt a. M. als Zeuge, daß er im Juli 1921 bei Heinz eine Hausdurchsuchung vorgenommen habe, weil er bei der verletzten Sprengung der Frankfurter Synagoge eine Rolle gespielt habe. Kriminalkommissar Winte-Magdeburg sagte aus, daß Heinz im Juli 1921 eine Karte an die Bundesleitung des Stahlhelms geschrieben habe, auf der er bemerkte, die Regierung müsse in die Luft gesprengt werden. Ferner schrieb er: „Schwarzpulver für Sprengen genügt nicht. Nehmt andere Mittel!“ Ein anderer Zeuge äußerte unter Eid, daß Heinz der böse Geist der Brigade Ehrhardt, der Chef der Terrorgruppen der DV. gewesen sei, alle Attentate dieser Organisation angestiftet und mit ausgeführt habe. Auch der unabhängige sozialdemokratische Abgeordnete Barreis in München sei auf sein Anstiften hin von Kern erschossen worden.

Vor einigen Monaten tauchte Heinz plötzlich in Hannover auf und übernahm die Führung der Haltenkreuzler. Jetzt ist es aber auch hier mit seiner Herrschaft zu Ende. Man hat ihn wegen seiner engen Verbindung mit den Bombenattentaten kurzer Hand aus der Partei ausgeschlossen. Der nationalsozialistische Studienrat Rüst teilte am 1. September z. B. in einer Ortsgruppenführersitzung mit, daß er Heinz aus der Partei ausgeschlossen habe, weil dieser enge Beziehungen zu den Ithoer Bombenattentätern gehabt habe. Heinz hatte schon Ende Juni erzählt, daß es noch ganz anders knallen würde, ja, daß auch noch einige Minister daran glauben müßten. Er ist auch mit den Verhafteten, Rütthmann und von Salomon, befreundet und hat dauernd an der Landvolkzeitung mitgearbeitet. Seine Freunde halten ihn für außerordentlich schwer belastet und sehen in ihm auf Grund der Tatsache, daß Heinz trotz seiner engen Beziehungen zu den Landvolkattentaten bisher nicht verhaftet worden ist, einen Polizeispitzel.

Staatstheater und Volksbühne.

Die Oberrechnungskammer konstatiert eine „ungerechtfertigte staatliche Subventionierung“.

In ihrer Kritik an den Zuschüssen der Staatstheater weist die Oberrechnungskammer insbesondere auf die angeblich viel zu billigen Preise hin, zu denen die Kroll-Oper der Berliner Volksbühne eine bestimmte Anzahl von Plätzen wöchentlich abgibt. Die Oberrechnungskammer bringt in ihrer kritischen Auslassung zum Ausdruck, daß der Vertrag zwischen der Staatsoper und der Volksbühne jeden Versuch einer wirtschaftlichen Ausgestaltung der Berliner staatlichen Theaterbetriebe von vornherein aufs schwerste beeinträchtigt. Ferner bezieht sich die Oberrechnungskammer, zu bemerken, daß ihrer Auffassung nach in den Bedingungen der Staatstheater gegenüber der Volksbühne eine ungerechtfertigte indirekte staatliche Subventionierung der Berliner Volksbühne vorliegt.

Ohne im einzelnen zu den Auslassungen der Oberrechnungskammer Stellung zu nehmen, müssen wir doch zum Gegenstand selbst grundsätzlich folgendes bemerken: Wenn schon die Oberrechnungskammer Kritik an der Wirtschaftsführung der Staatstheater üben will, dann gäbe es zweifellos dankbarere und schlagkräftigere Argumente für ihre Thesen als diesen Hinweis auf den Vertrag mit der Volksbühne. Die staatlichen Zuschüsse sind nach den Feststellungen der Oberrechnungskammer von 1600 000 Mark im Jahre 1924 auf 6 215 000 M. im Jahre 1928 gestiegen. Im selben Zeitraum haben jedoch die Leistungen der Berliner Volksbühne an die Staatstheater eine wesentliche Veränderung nicht erfahren, unter keinen Umständen jedoch eine Minderung. Infolgedessen kann für die Steigerung des Staatszuschusses innerhalb der erwähnten Periode die Volksbühne nicht verantwortlich gemacht werden. Aus diesem Tatbestand ergibt sich, daß wesentlich andere Gründe, die außerhalb des Bereichs des Vertragszustandes zwischen den Staatstheatern und der Volksbühne liegen, zu der massiven Erhöhung des Defizits der Staatstheater geführt haben.

Es muß hier ferner die weitere Feststellung getroffen werden, daß der Betrieb der Staatstheater Aufwendungen in einem Umfang erfordert, der selbst bei hundertprozentiger Ausnutzung der höchsten möglichen Frequenz der Staatstheater aus eigenen Einnahmen auch nicht annähernd abgedeckt werden könnte. Auch die Oberrechnungskammer wird nicht behaupten, zumindest aber nicht

beweisen können, daß der Zuschußbedarf lediglich auf die Minderung der Leistungen des Theaterpublikums zurückzuführen ist. Endlich aber erscheint es wieder einmal notwendig, auf das Kernproblem innerhalb dieser Diskussion überhaupt hinzuweisen. Die Staatstheater erfordern gewaltige Zuschüsse, gewiß. Nun kommt es aber doch auch darauf an, welche praktische Verwertung solche Zuschüsse finden können. Es mag in den Augen eines Finanzbeamten gleichgültig sein, ob die Aufwendungen einem Institut gegeben werden, das sich im Laufe eines Jahres an eine halbe Million Menschen oder nur an hunderttausend wendet. Uns scheint diese Frage aber keineswegs gleichgültig. Da die Oper nach wie vor, soweit sie ihre Plätze nicht an Volksbühnenmitgliedern abgibt, eine Anstalt lediglich für sozial „höhere“ Schichten darstellt, da sich die beiden Staatsoptern keineswegs über einen Mangel an Plätzen, sondern weit eher über einen Mangel an Besuchern zu beklagen haben, und da schließlich das Volksbühnenmitglied entweder nur auf dem Wege über die Volksbühne oder überhaupt nicht zur Oper zu gelangen vermag, kann es wirklich nicht mehr schwierig sein, diese Aufwendungen in einem innerlich gefunden Zusammenhang zu einem praktischen Zweck zu bringen. Gerade weil es sich gezeigt hat, daß die Zuschüsse für die Staatstheater sich fast vollkommen unabhängig von der Einnahmeseite der Theater, etats verantwortlich haben, muß es eine der vornehmsten Aufgaben einer verantwortlichen Behörde bleiben, diese Aufwendungen wenigstens zu einem Teil sachlich gerechtfertigt zu sehen. Diese sachliche Rechtfertigung ergibt sich aber aus der Tatsache, daß Zehntausende von Menschen, die ohne ihre Volksbühnenmitgliedschaft niemals in die Oper und niemals an eine Kasse der Staatstheater gehen würden, wenigstens jene Plätze füllen, die sonst zu neunzig bis hundertprozentig ungenutzt bleiben würden.

Zum Schluß sei noch ein Hinweis gestattet: Der Vertrag der Staatstheater mit der Volksbühne kommt ja auch nicht ausschließlich einem reinen Liebesverhältnis gleich; sondern die Berliner Volksbühne hat sich durch erhebliche finanzielle Aufwendungen in schwerer Zeit für die Kroll-Oper ein moralisches und juristisches Recht auf eine bevorzugte Behandlung durch die Staatstheater erworben. Auch dieser Punkt sollte ohne Not nicht übersehen werden.

Eine grundsätzliche Aufrollung des gesamten Fragekomplexes muß einer späteren Gelegenheit vorbehalten bleiben.

Falsche Gerüchte über Mieterhöhung. Zu den in der Presse erschienenen Nachrichten über eine angeblich bevorstehende Mieterhöhung erfährt der Amliche Preußische Pressedienst aus dem Ministerium für Volkswirtschaft, daß Besprechungen in dieser Richtung zwischen den maßgebenden Stellen nicht stattgefunden haben.

DPS.-Tunfkonat ermordet. In Jarwinica wurde der sozialdemokratische Parteifunktionär Rowalzytz von einem bisher unbekanntem Täter durch drei Revolverschläge ermordet. Der Mord hat nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchung einen politischen Hintergrund.

Französischer Cinqterabend.

Großer Erfolg in der Republik-Oper.

„Die spanische Stunde“ von Ravell, „Der arme Matrose“ von Michaud, „Angelique“ von Ibert, ein heiteres, ein tragisches, ein burleskes Spiel. Unter Alexander von Zemlin's mystischer, Gustaf Gründgens' genialer Leitung glänzende Wiedergabe der drei für Berlin neuen Werke. Beifall schon nach dem ersten Stück, der sich nach dem zweiten, dem tragischen Haupt- und Mittelstück des Abends, zu stürmischen Kundgebungen steigert. K. P.

„Gefährdung der Staatsicherheit“.

Medienburger Justiz unter der Rechtsregierung.

Der Fememordprozess Eckermann wird in Medienburg-Schwerin unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Grund: Gefährdung der Staatsicherheit.

Wer glaubt an diesen Grund? Die „Schwarze Reichswehr“ ist weltbekannt, im offiziellen Sprachgebrauch wird das Wort hemmunglos angewandt — es gibt nichts mehr zu vertuschen, von einer Gefährdung der Staatsicherheit ist keine Rede mehr.

Dah die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden würde, konnte die Telegraphen-Union bereits nach der Festsetzung des Verhandlungstermins mitteilen. Das Gericht hat den Beschluß zur Ausschließung der Öffentlichkeit unmittelbar nach dem Antrag verkündet, ohne zu beraten. Die Beratung ist also vorweggenommen worden.

Alles spricht für ein politisches Motiv. Es ist sehr durchsichtig. Herr Eckermann wird begnadigt werden, wie das Urteil auch ausfällt, weil die Begnadigung der Fememörder der Kaufpreis für die Unterstützung der Medienburg-Schweriner Rechtsregierung durch die Nationalsozialisten ist. Eine öffentliche Verhandlung, die die besondere Roheit der Fememörder vor der Medienburger Öffentlichkeit aufzeigen müßte, würde dies politische Handelsgeschäft in ganz besonderer Beleuchtung zeigen.

Gefährdung der Staatsicherheit? Nein, nur Gefährdung der Sicherheit der Medienburger Rechtskoalition!

Was die Öffentlichkeit nicht erfahren soll.

Ueber den Fememord an Beyer, der die Grundlage der Anklage gegen Eckermann ist, gibt Sumbels Buch „Betrüger verfallen der Feinde“ folgende Darstellung:

„Drei Tage lang wurde in Kutschellen, hinter hermetisch abgeschlossenen Türen, unter Mikrophondruck konferiert. Schöler, von Panitzsch und der Oberleutnant z. S. a. D. Eckermann schlugen vor, Beyer im Offizierskasino des Reichswehr-Artillerie-Regiments bei einer Sauferei durch vergifteten Wein umzubringen, die Leiche jagemäßig zu zerstückeln und die einzelnen Teile in den nahen Ostdorfer See zu werfen. Otto Stücken, ein Offiziersstellvertreter der Schwarzen Reichswehr, der in ihr zum Oberleutnant befördert war, wehrte sich heftig gegen die Übernahme der „Schlichterarbeit“. Leutnant a. D. Erich Franz, ein ehemaliger österreichischer Offizier, der das Gift besorgen sollte, holte sich bei dem württembergischen Arzt Dr. Kobardt eine schrofse Wsufuhr. Darauf beschloß man, den ganzen Plan fallen zu lassen und Beyer zu erschließen. Mit dieser Aufgabe wurde der Feldwebel Boldt von der Schwarzen Reichswehr betraut.“

Am 14. Dezember erschien Boldt in der Kaserne und erzählte dem Beyer, daß er auf dem Gute seiner Mutter Arbeit für ihn als Kutscher habe.

Am Abend des 15. Dezember fuhren die beiden von Schwerin ab. In Bad Kleinen verließen sie zu später Nachtstunde den Zug. Auf dem Wege nach dem Dorf Medienburg, in dessen Umgebung das imaginäre Gut liegen sollte, nahe der Chaussee, ließ Boldt sein ohnungsloses Opfer vorangehen, angeblich um etwas an seiner Kleidung in Ordnung zu bringen. Dann hob er die Pistole, die er schon lange — in der tiefen Dunkelheit für den anderen nicht erkennbar — ensichert in der Hand getragen hatte, und streckte den Beyer auf zehn Schritt Distanz durch zwei Schüsse in den Hintertopf zu Boden.

Auch der Stahlhelm hat verhandelt.

Eine Widerlegung seiner Erklärungen.

Der Stahlhelm hat seine Beteiligung an den Verhandlungen mit französischen Politikern deminziert. Demgegenüber gibt Albrecht Freiherr v. Saxe-Zweibrücken folgende Erklärung ab:

„Durch meine Vermittlung hat vor der Pariser Reise des Herrn Arnold Reehberg im Frühjahr dieses Jahres in meiner Gegenwart eine Besprechung zwischen den Herren Sedlitz, Düsternberg und mehreren anderen Stahlhelmführern einerseits und Herrn Arnold Reehberg andererseits stattgefunden. Herr Arnold Reehberg hat dabei die internationale Lage geschildert und die Bedingungen umrissen, welche realen Verständigungsverhandlungen mit den beiden Westmächten Frankreich und England oder gegebenenfalls mit Frankreich allein zugrunde gelegt werden sollten. Es wurde schließlich verabredet, Herr Reehberg möchte zunächst in Paris sondieren und dabei französischen Staatsmännern gegenüber vertraulich keine Unterredung mit den Stahlhelmführern erwähnen und dazu bemerken, daß diese in den umrissenen Bedingungen eine Verhandlungsbasis sähen.“

Kapitän Ehrhardt — für Verständigungspolitik.

Kapitän Ehrhardt teilt mit: „Ich denke gar nicht daran, meine Unterredungen mit französischen Politikern im Hause Reehbergs in Ulbrede zu stellen oder sie gar dadurch zu beschönigen, daß ich dem Auswärtigen Amt gewissermaßen Meldung erstatter hätte. Ich kann mich unterhalten, mit wem ich will, ohne jemanden davon zu unterrichten. Ich bin der Ansicht, daß Deutschland versuchen muß, sich zunächst mit seinem größten Stäubiger Frankreich, der jederzeit mit Waffengewalt seine Forderungen einstreifen kann, ehrlieh, ohne Hintergedanken, zu verständigen. Die kleineren müssen dann zwangsläufig folgen. Ob das Herr Stresemann macht oder Herr Reehberg oder sonst jemand, ist mir gleich. Hauptsache ist, daß jemand den großen Wurf wagt. Für mich geht es nur um Deutschland, um keine Person.“

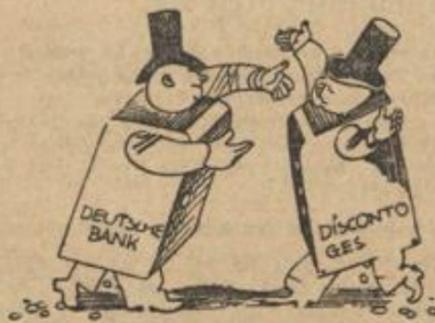
Mit dieser Erklärung distanziert sich Ehrhardt vom Hugenberg-Block. Der Hugenberg-Block verfolgt reaktionäre und putschistische innenpolitische Tendenzen, die er unter außenpolitischer Demagogie verbirgt. Ehrhardt verfolgt die gleichen innenpolitischen Tendenzen, aber ohne außenpolitische Maskierung.

Die Hakenkreuzler im Sportpalast.

„Er gab kein Ja den Dames-Ketten.“

Nachdem Hugenberg und Sedlitz sich am Dienstag im Sportpalast produziert hatten, sprach gestern der Berliner Nationalsozialist Goebbels. Er will tatsächlich Ernst machen: Er verlangt, daß alle Verantwortlichen für die Abkommen von Versailles, von London, von Locarno und vom Haag hinter schwedische Gardinen kommen. Dennoch hat er vor Hindenburg etwas Angst. Um sich um den erwünschten § 4 des Volksbegehrens zu drücken, vertritt er sich hinter billigem Antisemitismus und ruft unter stürmischem Jubel: „Wenn sich die jüdische Journaille hinter dem breiten Rücken Herrn von Hindenburgs versteckt, so werden wir sie hervorlocken und auch dorthin bringen, wo sie hingehört.“

Banken-Fusion.



Geteilte Dividende —



— doppelte Dividende!

Mussolinis Rache.

30 Jahre Zuchthaus für Cesare Rossi.

Rom, 27. September.

Der vor ungefähr einem Jahre an der italienisch-schweizerischen Grenze bei Campione verhaftete politische Flüchtling und frühere Pressechef Mussolinis, Cesare Rossi, ist heute nach kurzem Prozeß vom Ausnahmegericht zum Schutze des Staates zu 30 Jahren Zuchthaus, lebenslänglicher Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte und drei Jahren scharfer Ueberwachung verurteilt worden. Das Urteil entspricht dem Strafantrag des Staatsanwalts, während der Untersuchungsausschuß die Todesstrafe gefordert hatte.

Als Beweismittel für sein Komplott gegen das faschistische Regime und das Leben Mussolinis dienen Briefe, die Rossi aus seiner Verbannung in Frankreich an die Adresse von Antifaschisten in Italien geschickt hatte, die aber stets von der römischen Polizei abgefangen wurden. Als einziger Zeuge ist im Prozeß der Generaldirektor der italienischen Polizei, Boehini, angetreten. Entlastungszeugen wurden nicht vernommen. Der Verteidiger, Strafrechtslehrer Manassero, plädierte erfolglos für ein mildes Urteil.

Cesare Rossi, langjähriger Vertrauter und Pressechef Mussolinis, war sicherlich keine sympathische Erscheinung. Daß er Italien unter Mitnahme äußerst kompromittierender Dokumente für den „Duce“ verließ, aus denen sich die direkte Mitschuld des Diktators an der Ermordung Matteottis klar ergab, geschah nicht etwa aus Reue, sondern wegen persönlicher Zerrwürnisse mit seinem Chef. Seine Enthüllungen haben gewiß der antifaschistischen Bewegung viel genützt, aber die italienischen Sozialdemokraten im Auslande haben stets jede Verbindung mit dem ehemaligen Helfershelfer Mussolinis abgelehnt.

Etwas anderes ist allerdings die Frage der ständ-

lösen Umstände, unter denen Rossi auf Schweizer Boden bei Lugano durch italienische Spies und Polizisten auf italienisches Gebiet gelockt oder vielmehr verschleppt worden ist. Seine Verhaftung erfolgte in Campione, einer italienischen Enklave mitten im Schweizer Bundesgebiet am Südufer des Luganosees. Selbst wenn er freiwillig nach Campione gegangen wäre, was sicher nicht der Fall war, so konnte er von dort nach Italien nur über Schweizer Gewässer gebracht werden, eine Handlung, die eine eklatante Verletzung der Schweizer Souveränität darstellte. Die Berner Regierung hat zwar damals gegen diesen Völlerrechtsbruch protestiert, aber Italien hat sich über diesen berechtigten Einspruch der kleinen Schweiz einfach hinweggesetzt. Mussolini dachte natürlich nicht daran, diese kostbare Beute preiszugeben, an der er seine Rache würde befriedigen können. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage der Eidgenossenschaft gegenüber dem übermächtigen Italien meinen wir, daß die Bundesregierung dennoch die Pflicht gehabt hätte, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern nötigenfalls beim Haager Gerichtshof die Herausgabe des widerrechtlich entführten Cesare Rossi zu fordern, nicht Rossi, sondern dem Souveränitätsprinzip zuliebe.

Mit 30 Jahren Zuchthaus soll nun Rossi seinen persönlichen Berrat an Mussolini büßen. Vielleicht fühlt sich der Diktator durch dieses grausame Urteil befriedigt. Aber die Enthüllungen Rossis, deren Echtheit nie bestritten werden konnte, sind durch kein Racheurteil aus der Welt zu schaffen. Der faschistische Staat wird bestimmt keine 30 Jahre dauern, aber noch in 300 Jahren wird der Name Mussolinis in Verbindung mit dem Mord an Matteotti und mit vielen anderen Verbrechen fortleben.

Die Tagung der Städte.

Die Arbeiterschaft und die Kommunen.

Frankfurt a. M., 27. September. (Eigenbericht.)

Der Städtetag trat nach der Begrüßungsansprache von Innenminister Gziesinski in die Aussprache ein. In der Diskussion erklärte Börlinger-Köln, der Ausbau der Selbstverwaltung dürfe keine Wachstumsweiterung für die Oberbürgermeister bedeuten, sondern eine stärkere Mitarbeit der gewählten Vertreter der Bevölkerung.

Die sozialistische Arbeiterschaft sei seit zehn Jahren die stärkste Stütze der Kommunen

und der stärkste Motor der kommunalen Entwicklung. Großes sei von den Gemeinden geleistet worden, aber noch größere Aufgaben harrten ihrer Erfüllung. Wenn sich die Gemeinden nicht mit aller Kraft der Opfer der Wirtschaft und der Inflation in der großzügigsten Weise angenommen hätten, wäre es dem Staat niemals möglich gewesen, so unerwartet aus all den Krisen der Vergangenheit hervorzugehen. Deshalb müßte vor allem die Wirtschaft

den Gemeinden zu großem Dank verpflichtet sein, besonders die deutsche Industrie, die den Gemeinden so große Lasten aufgezwingen habe.

Aber dieselbe Industrie, die nie Geld besitzen wolle, habe genügend Mittel, den Stahlhelm und die Nationalsozialisten zu finanzieren.

Die gesunde Entwicklung der Kommunen sei die Vorbedingung für den Aufstieg der Arbeiterklasse.

An der Diskussion beteiligten sich noch Fall-Köln, Dr. König-Köln, Dr. Caspari-Berlin, Frau Rosenthal-Berlin, Stadtverordneter Langemars-Stralsund und Stadtverordneter Rißcher-Berlin, die jeweils den Standpunkt ihrer politischen Fraktion zu der kommunalen Selbstverwaltung und der Finanzlage sowie der vom Vorstand hierzu vorgelegten Entschlüssen darlegten. Diese Entschlüsse wurden unter Ablehnung aller Wänderungsanträge angenommen.

Am interessantesten an der ganzen Versammlung war ein Transparent, das an der Wand hing. Man las die Verse:

Vor Young kann Euch nur Hitler retten,

Er gab kein Ja den Dames-Ketten.

Wer gab eigentlich ein Ja den Dames-Ketten? 48 deutsche nationale Abgeordnete, Befolgsmänner also des Herrn Hugenberg, mit dem Hitler heute in Volksbegehren macht!

Eine verträgliche nette Kumpanel, diese verschiedenen Herren Volksbegehrtler!

Einige Nationalsozialisten mußten wegen Randstürens zwangsgestellt werden.

Tollers Festhaltung ein Mißverständnis!

Landung nach langem Verhör gestattet.

New York, 27. September.

Dem Schriftsteller Ernst Toller, der, wie gemeldet, gestern von der Einwanderungsbehörde festgehalten wurde, ist heute nach kurzem Verhör die Einreise ins Gebiet der Vereinigten Staaten und ein Aufenthalt von drei Monaten gestattet worden, ohne daß Bürgschaftstellung verlangt wurde. Toller, der zu einer Vortragsreise nach den Vereinigten Staaten gekommen ist, ist nach der Erklärung der Einwanderungsbehörde vorläufig festgehalten worden, weil er unter die Kategorie der Ausländer falle, die eine Freiheitsstrafe haben verbüßen müssen. Die Einwanderungsbehörde ist aber dann zu dem Befund gekommen, daß das Vergehen, für das Toller eine fünfjährige Freiheitsstrafe erhalten hat, politischer Natur war.

Die polnische Verfassungskrise.

Pilsudski-Regierung holt sich einen neuen Korb.

Warschau, 27. September. (Eigenbericht.)

Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht hier zurzeit die von dem Führer des Regierungsblocks Oberst Slawek angeregte Konferenz der Fraktionsvorsitzenden über die Frage der Verfassungsänderung. Bisher haben die Nationaldemokraten, sowie der deutsche und der jüdische Widerheitenblock eine Teilnahme an der Konferenz abgelehnt. Die Ukrainer, die Weißrussen und die Kommunisten sind von Slawek überhaupt nicht erst eingeladen worden. Sie sind nach seiner Ansicht als „staatsverneinende Elemente“ nicht berufen, an einer Debatte über Verfassungs-Reformfragen teilzunehmen.

Die sozialistische Sejmfraktion hat die Einladung Slaweks noch nicht beantwortet. Aber auch sie dürfte sich voraussichtlich negativ entscheiden.

Zwischenfall auf der U-Bahn.

Falsches Gerücht über einen schweren Unfall.

Auf dem Bahnhof Friedrichstadt der Untergrundbahn stürzte gestern nacht ein betrunkenener Mann auf das Gleis. Ein einfahrender Zug wurde vom Führer rechtzeitig angehalten. Vor Schreck fielen jedoch einige Frauen in Ohnmacht. Es entstand ein Auflauf — und infolgedessen das Gerücht von einem schweren Unfall, das sich jedoch erfreulicherweise nicht bestätigte.

Die Spaltung wird organisiert.

Die KPD. beruft einen Gewerkschaftskongress ein.

Den Bolschewisten ist klar geworden, daß sie weder mit der Fraktionsbildung innerhalb der Gewerkschaften, noch mit der „Revolutionierung“ der Arbeiter durch Verleumdung der Funktionäre und Angestellten der Gewerkschaften Fortschritte innerhalb der Gewerkschaften machen. Sie haben dann die Unorganisierten auf die Gewerkschaften gekehrt, diese Unorganisierten, die nach dem Ausschrei eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten „tausendmal besser sind als die Organisierten“. Jetzt ist die KPD. einen Schritt weiter gegangen. Am Mittwoch hat der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dahlem vor den Berliner Referenten der KPD. u. a. folgende Ankündigung gemacht:

„Ende November aber tritt der erste Gewerkschaftskongress der revolutionären Opposition zusammen, zu dem die Betriebe und die Erwerbslosen aus allen Teilen Deutschlands 1500 bis 2000 Delegierte entsenden werden. Dieser Gewerkschaftskongress wird das aktuelle revolutionäre Programm der deutschen Arbeiterklasse auf die Tagesordnung stellen. Er wird die Linie des proletarischen Angriffs festlegen und ein Ausgangspunkt sein für die festere Zusammenziehung der revolutionären Front, für die Organisation der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und für die siegreiche Durchführung der Betriebsrätemahlen im Frühjahr 1930.“

Dieser Kongress, sagte Dahlem weiter, „ist daher der wichtigste strategische Punkt, auf den die Partei Tag für Tag in den nächsten Wochen und Monaten ihre Hauptkräfte konzentrieren muß“. Das bedeutet „eine energische und fühne Umstellung der Politik und Organisation der Partei“. Hier ist mit aller Klarheit ausgesprochen, daß die KPD. nunmehr endgültig „energisch und fühn“ zur Spaltung der Gewerkschaften übergeht.

In allen Ländern, wo es bisher den Bolschewisten gelungen ist, die Gewerkschaften zu spalten, begann das Spiel mit einem kommunistischen Gewerkschaftskongress. Auch als die KPD. im Jahre 1924 den ersten Versuch unternahm, kommunistische Gewerkschaften zu gründen, leitete sie den Rummel mit einem Kongress ein. Das hat man unter „Zusammenziehung der revolutionären Front“ zu verstehen.

Die deutsche Arbeiterschaft empfindet sicherlich jeden inneren

Kampf schmerzhaft. Sie weiß auch, was es bedeutet, gerade jetzt das große Volksgut gegenüber den kapitalistischen Angriffen, die Gewerkschaften einem verschärften Streit innerhalb der Arbeiterschaft aussetzen. Die Arbeiterschaft wird alle Kräfte zusammenfassen müssen, um den Sieg über die Sozialreaktion des deutschen Unternehmertums davonzutragen. Die Kommunisten erweisen sich in diesem Kampf als

Die Helfershelfer der deutschen Sozialreaktionäre.

Es ist aber vielleicht ganz gut, daß die Kommunisten den breiten Arbeiterschaft zeigen, was sie wollen, wenn sie jetzt die Maste der „Einheitsfront“ und der „Revolutionierung der Arbeitermassen“ oder wie die Schlagworte der Kommunisten sonst lauten, fallen lassen.

Bei dem Kongress wird es sich um eine Tagung der „revolutionären Unorganisierten“ handeln, verstärkt durch kleine Grüppchen, die man durch die Vereinerung der Kohlerger in Berlin ja zur Genüge kennen gelernt hat. Die kommunistische Partei hat die Hoffnung aufgegeben, von den mehr als 5 1/2 Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten einen nennenswerten Teil abzuprennen. Wie die Selben, legt sie ihre Hoffnungen auf die Unorganisierten. Die kommunistische Partei erweist sich damit als ein Gegner, ein Feind der freien Gewerkschaften.

Das ist die Lehre, die wir aus der neuen Taktik der Kommunisten ziehen. Das muß auch dem letzten Arbeiter und der letzten Arbeiterin nahegebracht werden. Es muß in allen Gewerkschaftsversammlungen, auf allen Vertrauensmännerversammlungen und in allen Belegschaftsversammlungen immer wieder daran erinnert werden, daß die kommunistische Partei nicht mehr eine Partei der organisierten Arbeiter ist.

Dahlem sagt freilich, daß diese Spaltung vor sich gehen soll, „neue Organe und Organisationen“ geschaffen werden sollen, „ohne natürlich auf die Weiterarbeit in den unter reformistischem Einfluß stehenden Organisationen zu verzichten“. Aber die KPD. irrt, wenn sie glaubt, ein solches Doppelspiel, Spaltung von außen und innen, sei möglich. Wer sich in den Gewerkschaften künftig noch zur KPD. bekennet, erklärt damit, daß er ein Feind der Gewerkschaften ist.

Die Holzarbeiter zur Rationalisierung.

Das Ethos im sozialen Leben.

Bremen, 27. September (Eigenbericht).

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Genossen Larnow über Tatsachen und Probleme der Rationalisierung, hoben verschiedene Delegierte die Schädlichkeit der Umstellung der Probleme hervor. Das Material, das Larnow vorgetragen hatte, wurde als das erschütterndste des ganzen Verbandstages bezeichnet. Larnow habe das große Organisationsproblem des Sozialismus aufgezeigt. Mit großer Sorge hoben die Delegierten die Arbeitslosigkeit hervor, die der Arbeitsumstellung auf dem Fuße folgte.

Das gesamte Problem wurde von Larnow im Schlußwort noch einmal zusammengefaßt. Die Technik müsse dazu dienen, dem Arbeiter die Arbeit erträglich zu machen. Die Behauptung, daß durch die Rationalisierung die Arbeitsfreude geringer würde, beruhe auf falschen Schlussfolgerungen. Die Lebensfreude müsse im Menschenleben liegen und nicht in der Arbeit selbst. Das Ethos im Menschen ist nie aus der Arbeit gekommen, sondern aus dem gesamten sozialen Leben heraus. Wichtig ist es, die wirtschaftlichen Erfolge in einer Besserung der Arbeit ausstrahlen zu lassen. Die bereits mitgeteilte Entschliebung zur Rationalisierungsfrage wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Ueber die Internationale Holzarbeiter-Union sprach der Verbandstafelrater Lehmann, wobei er besonders auf den letzten Kongress in Heidelberg einging. Die Zurückverlegung des Internationalen Sekretariats nach Deutschland und die Befehung durch Larnow sei von allen Ländern beifällig aufgenommen worden. Ein Kommunist empfahl in der Aussprache mit dem russischen Holzarbeiterverband zwecks Zusammenschlusses in Verbindung zu treten, worauf Larnow erklärte, daß die Russen schon morgen Mitglied der Union sein könnten, wenn sie sich den Statuten unterordnen.

Der Verbandstag trat in die Beratung der Statuten und Anträge ein. Berichterstatter war Freisinger Berlin. Der gefassten Beschlüssenleitung Larnows gelang es, die Beratung und Erledigung der über 300 vorliegenden Anträge schnell durchzuführen. Von den gefassten Beschlüssen erwähnen wir die Erhöhung der Streikunterstützung um 10 Proz. Dieser Beschluß wird dazu beitragen, in Zukunft den kämpfenden Holzarbeitern noch mehr als bisher das Durchhalten zu ermöglichen.

Ueber die Beschwerdefunktion berichtete Spill-Darzig. In der Hauptsache drehte es sich um die Beschwerde wegen des Ausschusses der Mitglieder der sogenannten oppositionellen Richtung. Die Beschwerde gegen den Ausschluß von Bied und Genossen wurde gegen die Stimmen der Kommunisten zurückgewiesen.

Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand gegen drei Stimmen wiedergewählt. Larnow dankte in feinem und im Namen der übrigen Vorstandskollegen für das große Vertrauen und versprach, daß der Vorstand versuchen wolle, auch in Zukunft sich des Vertrauens würdig zu erweisen.

Eine halbe Million im Bauergewerksbund

Der Aufstieg nach der Inflation.

Am 16. September ergab die allwöchentlich vorzunehmende Arbeitslorenzählung im Deutschen Bauergewerksbund eine Gesamtmitgliederzahl von 501 088. Damit hat der Deutsche Bauergewerksbund die halbe Million überschritten.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen innerhalb dieser Organisation zeigt besonders in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufstieg. Es ist eigentlich nichts Neues, wenn der Deutsche Bauergewerksbund über 1/2 Million Mitglieder zählt. Ende 1922 verzeichnete diese Organisation den höchsten Mitgliederstand, den sie je gehabt hat, nämlich 543 578 Mitglieder. Die durch die Inflation sich überschätzenden Lohnbewegungen fesselten die Arbeiter an ihre Gewerkschaften. Als dann im „Billionenlegen“ der Inflation die deutsche Mark ertrank und schließlich die Deflation eingeleitet hatte, verließen viele Arbeiter die gewerkschaftliche Front, weil nun mit einem Male die Gewerkschaften arm und weniger einflußreich geworden waren. Inmitten konnte der Deutsche Bauergewerksbund am Jahresschluß

1923 noch 420 005 Mitglieder mustern; jedoch der Rückgang ging trotz der Markstabilisierung im Bauergewerksbund wie in anderen Gewerkschaften weiter. Ende 1924 erreichte diese Organisation ihren Tiefstand an Mitgliedern, nur noch 319 376 Mitglieder wurden Ende 1924 gezählt.

Im darauffolgenden Jahre wurde der Deutsche Bauergewerksbund, wie auch schon im Jahre vorher, in große Lohnkämpfe verwickelt. Ende 1925 zählte der Deutsche Bauergewerksbund 342 235 Mitglieder. Das Jahr 1926 brachte die allgemeine Krise. Der Mitgliederstand des Deutschen Bauergewerksbundes verringerte sich infolgedessen um einige Tausend. Ende 1926 zählte die Organisation 339 159 Mitglieder. Seit Beginn des Jahres 1927 kam dann eine bessere Konjunktur. Ende 1927 zählte der Deutsche Bauergewerksbund 402 252 und Ende 1928 sogar 458 048 Mitglieder.

Auch im Jahre 1929 vermehrte sich nach Ueberwindung der ungeheuren Frostperiode die Mitgliederzahl im Deutschen Bauergewerksbund. Sie stieg höher und höher, so daß am 16. September festgestellt werden konnte, daß nunmehr über 1/2 Million Mitglieder dieser Organisation angehören. Der erfreuliche Mitgliederzuwachs zeigt von dem sich immer mehr festigenden Vertrauen der Bauarbeiter zu ihrer Organisation.

Wertstudenten als Landarbeiter.

Solidarität mit den Streikenden.

Auf dem Rittergut in Marienborn, Kreis Neuhaldensleben, wurde kürzlich ein Landarbeiter fristlos entlassen. Der Besitzer hatte dabei aber nicht an die Geschlossenheit der übrigen Landarbeiter gedacht. Als sich herausstellte, daß der Besitzer die WiederEinstellung ablehnte, legte die Belegschaft die Arbeit geschlossen nieder. Nach zwei Tagen wurde der betreffende Landarbeiter wieder eingestellt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Am ersten Streiktag kamen 30 Wertstudenten, die schon vorher angefordert waren, nach Marienborn. Der Besitzer gab sich der Meinung hin, nunmehr eine ausgezeichnete Hilfstruppe gegen die Landarbeiter in der Hand zu haben. Dieser Glaube wurde schnell zunichte gemacht. Als die Studenten hörten, was vorgefallen war und welche Rolle ihnen zugemutet wurde, erklärten sie sofort, daß eine Arbeitsaufnahme solange nicht in Frage kommt, bis die Differenzen mit den Landarbeitern aus der Welt geschafft sind. Nach mehr: sie traten an den Vertrauensmann des Verbandes heran und baten ihn, sie in den Verband aufzunehmen. Es widerstrebe ihnen, so erklärten sie, Landarbeit zu verrichten und nicht Mitglieder des DGB. zu sein.

Diese Haltung gereicht den betreffenden Studenten zur Ehre! Sie haben sich erinnert, daß sie Proletarier sind und im entscheidenden Augenblick proletarisch gehandelt. Zur Nachahmung aller Wertstudenten empfohlen.

Tagung der Krankenkassenangestellten.

Fachliche Fortbildung. — Tarif- und Dienstrecht.

Der Reichsfachausschuß der im Zentralverband der Angestellten organisierten Krankenkassenangestellten hielt im Erholungsheim des Verbandes in Ahlbeck seine Tagung ab. Der Zentralverband der Angestellten ist bemüht, die fachliche Fortbildung der Sozialversicherungsangestellten nach Kräften zu fördern. Zu den bisherigen Fortbildungsmitteln — dem Fachorgan, den Fortbildungsschriften und den örtlichen, bezirkslichen und zentralen Lehrgängen — soll künftig ein Fernunterricht treten. Er ist in erster Linie für diejenigen geplant, die wegen großer räumlicher Entfernung an den bestehenden Fortbildungstufen nicht teilnehmen können. Weitere Fortbildungsmöglichkeiten sind in Vorbereitung.

Eigehend beschäftigte sich der Reichsfachausschuß auch mit dem Stande des Tarif- und Dienstrechts und mit der Frage der Militärversorgungswärter. In einer besonderen Entschliebung trat der Ausschuß den Bestrebungen entgegen, die den Versorgungswärtern ein Vorrrecht bei der Befehung von Stellen in der Sozialversicherung einzuräumen wollen. Ein solches Vorrrecht ist um so weniger begründet, als erhebliche Zweifel an der Eignung der Versorgungswärter für den sozialen Versicherungsdienst bestehen.

Der Repräsentant seiner Gewerkschaft.

Gewerkschaftliche Funktionärschulung.

Der Verbandsfunktionär im Betrieb ist der Repräsentant seiner Gewerkschaft. Er hat den Arbeitstollegen durch sein Verhalten und durch seine Kenntnisse den Wert und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation täglich vor Augen zu führen, auch wenn er keine großen Reden hält. Mehr noch, er vertritt in vielen kleinen Einzelfällen, als Betriebsrat oder auch als Vertrauensmann, die Belegschaft und damit auch die Gewerkschaft gegenüber dem Unternehmer. Es ist deshalb begreiflich, wenn in einem Betriebe der Verband den Ruf genießt, den sein Vertrauensmann oder der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat sich bei dem Unternehmer und bei der Belegschaft erworben hat. Ein Vertrauensmann oder Betriebsrat, der nichts kann und nichts weiß, ist für die gewerkschaftliche Organisation nicht nur nicht brauchbar, sondern direkt schädlich.

Die Gewerkschaften geben sich deshalb alle Mühe, den Stamm ihrer Funktionäre und Betriebsräte so auszubilden, daß sie allen Anforderungen des gewerkschaftlichen Kampfes und der gewerkschaftlichen Agitation im Betriebe gerecht werden können. Die Berliner Arbeiter- und Angestelltenvereine unterhalten zu diesem Zweck die Berliner Gewerkschaftsschule. Ihre Lehrgänge erstrecken sich auf folgende Gebiete: Arbeitsrecht, Betriebslehre, Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Gewerkschaftswesen.

Alle diese Gebiete muß ein Gewerkschaftsfunktionär einigermaßen übersehen, besonders aber auf den Gebieten des Arbeitsrechts und der Betriebslehre muß er völlig zu Hause sein. Er muß wissen, welche rechtlichen Grundlagen für den Einzelarbeitsvertrag und Tarifvertrag bestehen. Er muß den für seinen Betrieb geltenden Tarifvertrag genau kennen, er muß als Betriebsrat oder auch als Vertrauensmann genau im Bilde sein über das Betriebsrätegesetz und seine praktische Anwendung, er muß weiter den Betrieb in seiner wirtschaftlichen und technischen Gestaltung kennen und genau übersehen. Hat er daneben noch einige volkswirtschaftliche und sozialpolitische Kenntnisse, so wird er seinen Kollegen in jedem Falle ein vorbildlicher Berater und Führer, seiner Betriebsleitung aber ein scharfer und vor allen Dingen aber sachlicher und gutgerüsteter Gegner im sozialen Kampf sein.

Die Berliner Gewerkschaftsschule wird jährlich von rund 4500 bis 5000 Funktionären der Berliner Gewerkschaften besucht. Ihr Lehrplan kann von sämtlichen Ortsvereinen der Berliner Gewerkschaften angefordert werden. Im Bureau der Schule, Engelauer 24/25, vorn I, Zimmer 6, finden wöchentlich zweimal, Montags und Freitags, von 4 bis 7 Uhr, Lehrberatungsprechstunden statt. Hier können sich Funktionäre, die über ihren Bildungsgang unzufrieden sind, sachmännlich beraten lassen. In den Sprechstunden können auch Anmeldungen zu den Kursen vollzogen werden. Die Lehrgänge beginnen in der Woche vom 14. bis 19. Oktober. Es ist deshalb notwendig, daß die Anmeldungen sobald wie möglich vollzogen werden.

Internationaler Kohlenfrieden.

Paris, 27. September. (Eigenbericht).

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale hat seine Pariser Beratungen am Freitag beendet. Es hat seine nächste Sitzung auf den 8. Januar 1930 in Madrid festgesetzt. Der allgemeine Kongress der Bergarbeiterinternationale soll in Krakau etwa um die Osterzeit des nächsten Jahres stattfinden.

Den Delegierten der Bergarbeiterinternationale für die Tagung der Weltfachschaft des Völkerbundes ist als Instruktion ein „offizielles Dokument“ mit auf den Weg gegeben worden. In diesem Dokument wird die Einrichtung eines internationalen Kohlenkontrollamts für die Kontingentierung der Kohlenproduktion gefordert. Es wird in ihm ferner eine Vereinfachung der Abrechnung in allen Ländern unter Berücksichtigung der Kaufkraft des Geldes und endlich eine Vereinheitlichung der Arbeitszeit verlangt.

Lohnerhöhung der rheinischen Gemeindefunktionäre.

Köln, 27. September. (Eigenbericht).

Zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Arbeitgeberverband rheinischer Gemeinde- und Kommunalverbände kam nach schwierigen Verhandlungen folgende Verständigung zustande: Die Löhne werden in der Sonderklasse und Ortsklasse I in allen Lohngruppen ab 1. Oktober 1929 bis 31. März 1930 um 3 Pf. und ab 1. April 1930 bis 31. März 1931 um weitere 2 Pf. erhöht. In der Ortsklasse II und III werden die Löhne ab 1. Oktober 1929 bis 31. März 1930 um 2 Pf. und ab 1. April 1930 bis 31. März 1931 um weitere 2 Pf. in allen Lohngruppen erhöht. Die Tarife sind zum 30. September geändert worden. Es ist also kurz vor Ablauf der Tarife eine Verständigung zustande gekommen.

Aufgehobene Sperre. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind die Differenzen in dem Betriebe Groß-Deffillation Schulz, Königsberger Ecke Remeler Straße beigelegt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Veranstaltung: Sonntag, 1. Oktober, 19 Uhr, in den Bürgerläden, Bernstr. 147, Volleröffnung der KPD-Arbeiter-, Angestellten- und Beamten der kommunalen Verwaltungen und Betriebe Deutschlands. Die Parteisekretariatsfunktionäre sind ebenfalls eingeladen. Tagesordnung: 1. Gemeindepolitik und die Bildung der Arbeiter-, Angestellten und Beamten. 2. Disziplin. 3. Wichtige Parteifragen. 4. Erklärungen. 5. Diskussion. 6. Wichtige Parteifragen. 7. Erklärungen. 8. Diskussion. 9. Wichtige Parteifragen. 10. Erklärungen. 11. Diskussion. 12. Wichtige Parteifragen. 13. Erklärungen. 14. Diskussion. 15. Wichtige Parteifragen. 16. Erklärungen. 17. Diskussion. 18. Wichtige Parteifragen. 19. Erklärungen. 20. Diskussion. 21. Wichtige Parteifragen. 22. Erklärungen. 23. Diskussion. 24. Wichtige Parteifragen. 25. Erklärungen. 26. Diskussion. 27. Wichtige Parteifragen. 28. Erklärungen. 29. Diskussion. 30. Wichtige Parteifragen. 31. Erklärungen. 32. Diskussion. 33. Wichtige Parteifragen. 34. Erklärungen. 35. Diskussion. 36. Wichtige Parteifragen. 37. Erklärungen. 38. Diskussion. 39. Wichtige Parteifragen. 40. Erklärungen. 41. Diskussion. 42. Wichtige Parteifragen. 43. Erklärungen. 44. Diskussion. 45. Wichtige Parteifragen. 46. Erklärungen. 47. Diskussion. 48. Wichtige Parteifragen. 49. Erklärungen. 50. Diskussion. 51. Wichtige Parteifragen. 52. Erklärungen. 53. Diskussion. 54. Wichtige Parteifragen. 55. Erklärungen. 56. Diskussion. 57. Wichtige Parteifragen. 58. Erklärungen. 59. Diskussion. 60. Wichtige Parteifragen. 61. Erklärungen. 62. Diskussion. 63. Wichtige Parteifragen. 64. Erklärungen. 65. Diskussion. 66. Wichtige Parteifragen. 67. Erklärungen. 68. Diskussion. 69. Wichtige Parteifragen. 70. Erklärungen. 71. Diskussion. 72. Wichtige Parteifragen. 73. Erklärungen. 74. Diskussion. 75. Wichtige Parteifragen. 76. Erklärungen. 77. Diskussion. 78. Wichtige Parteifragen. 79. Erklärungen. 80. Diskussion. 81. Wichtige Parteifragen. 82. Erklärungen. 83. Diskussion. 84. Wichtige Parteifragen. 85. Erklärungen. 86. Diskussion. 87. Wichtige Parteifragen. 88. Erklärungen. 89. Diskussion. 90. Wichtige Parteifragen. 91. Erklärungen. 92. Diskussion. 93. Wichtige Parteifragen. 94. Erklärungen. 95. Diskussion. 96. Wichtige Parteifragen. 97. Erklärungen. 98. Diskussion. 99. Wichtige Parteifragen. 100. Erklärungen. 101. Diskussion. 102. Wichtige Parteifragen. 103. Erklärungen. 104. Diskussion. 105. Wichtige Parteifragen. 106. Erklärungen. 107. Diskussion. 108. Wichtige Parteifragen. 109. Erklärungen. 110. Diskussion. 111. Wichtige Parteifragen. 112. Erklärungen. 113. Diskussion. 114. Wichtige Parteifragen. 115. Erklärungen. 116. Diskussion. 117. Wichtige Parteifragen. 118. Erklärungen. 119. Diskussion. 120. Wichtige Parteifragen. 121. Erklärungen. 122. Diskussion. 123. Wichtige Parteifragen. 124. Erklärungen. 125. Diskussion. 126. Wichtige Parteifragen. 127. Erklärungen. 128. Diskussion. 129. Wichtige Parteifragen. 130. Erklärungen. 131. Diskussion. 132. Wichtige Parteifragen. 133. Erklärungen. 134. Diskussion. 135. Wichtige Parteifragen. 136. Erklärungen. 137. Diskussion. 138. Wichtige Parteifragen. 139. Erklärungen. 140. Diskussion. 141. Wichtige Parteifragen. 142. Erklärungen. 143. Diskussion. 144. Wichtige Parteifragen. 145. Erklärungen. 146. Diskussion. 147. Wichtige Parteifragen. 148. Erklärungen. 149. Diskussion. 150. Wichtige Parteifragen. 151. Erklärungen. 152. Diskussion. 153. Wichtige Parteifragen. 154. Erklärungen. 155. Diskussion. 156. Wichtige Parteifragen. 157. Erklärungen. 158. Diskussion. 159. Wichtige Parteifragen. 160. Erklärungen. 161. Diskussion. 162. Wichtige Parteifragen. 163. Erklärungen. 164. Diskussion. 165. Wichtige Parteifragen. 166. Erklärungen. 167. Diskussion. 168. Wichtige Parteifragen. 169. Erklärungen. 170. Diskussion. 171. Wichtige Parteifragen. 172. Erklärungen. 173. Diskussion. 174. Wichtige Parteifragen. 175. Erklärungen. 176. Diskussion. 177. Wichtige Parteifragen. 178. Erklärungen. 179. Diskussion. 180. Wichtige Parteifragen. 181. Erklärungen. 182. Diskussion. 183. Wichtige Parteifragen. 184. Erklärungen. 185. Diskussion. 186. Wichtige Parteifragen. 187. Erklärungen. 188. Diskussion. 189. Wichtige Parteifragen. 190. Erklärungen. 191. Diskussion. 192. Wichtige Parteifragen. 193. Erklärungen. 194. Diskussion. 195. Wichtige Parteifragen. 196. Erklärungen. 197. Diskussion. 198. Wichtige Parteifragen. 199. Erklärungen. 200. Diskussion. 201. Wichtige Parteifragen. 202. Erklärungen. 203. Diskussion. 204. Wichtige Parteifragen. 205. Erklärungen. 206. Diskussion. 207. Wichtige Parteifragen. 208. Erklärungen. 209. Diskussion. 210. Wichtige Parteifragen. 211. Erklärungen. 212. Diskussion. 213. Wichtige Parteifragen. 214. Erklärungen. 215. Diskussion. 216. Wichtige Parteifragen. 217. Erklärungen. 218. Diskussion. 219. Wichtige Parteifragen. 220. Erklärungen. 221. Diskussion. 222. Wichtige Parteifragen. 223. Erklärungen. 224. Diskussion. 225. Wichtige Parteifragen. 226. Erklärungen. 227. Diskussion. 228. Wichtige Parteifragen. 229. Erklärungen. 230. Diskussion. 231. Wichtige Parteifragen. 232. Erklärungen. 233. Diskussion. 234. Wichtige Parteifragen. 235. Erklärungen. 236. Diskussion. 237. Wichtige Parteifragen. 238. Erklärungen. 239. Diskussion. 240. Wichtige Parteifragen. 241. Erklärungen. 242. Diskussion. 243. Wichtige Parteifragen. 244. Erklärungen. 245. Diskussion. 246. Wichtige Parteifragen. 247. Erklärungen. 248. Diskussion. 249. Wichtige Parteifragen. 250. Erklärungen. 251. Diskussion. 252. Wichtige Parteifragen. 253. Erklärungen. 254. Diskussion. 255. Wichtige Parteifragen. 256. Erklärungen. 257. Diskussion. 258. Wichtige Parteifragen. 259. Erklärungen. 260. Diskussion. 261. Wichtige Parteifragen. 262. Erklärungen. 263. Diskussion. 264. Wichtige Parteifragen. 265. Erklärungen. 266. Diskussion. 267. Wichtige Parteifragen. 268. Erklärungen. 269. Diskussion. 270. Wichtige Parteifragen. 271. Erklärungen. 272. Diskussion. 273. Wichtige Parteifragen. 274. Erklärungen. 275. Diskussion. 276. Wichtige Parteifragen. 277. Erklärungen. 278. Diskussion. 279. Wichtige Parteifragen. 280. Erklärungen. 281. Diskussion. 282. Wichtige Parteifragen. 283. Erklärungen. 284. Diskussion. 285. Wichtige Parteifragen. 286. Erklärungen. 287. Diskussion. 288. Wichtige Parteifragen. 289. Erklärungen. 290. Diskussion. 291. Wichtige Parteifragen. 292. Erklärungen. 293. Diskussion. 294. Wichtige Parteifragen. 295. Erklärungen. 296. Diskussion. 297. Wichtige Parteifragen. 298. Erklärungen. 299. Diskussion. 300. Wichtige Parteifragen. 301. Erklärungen. 302. Diskussion. 303. Wichtige Parteifragen. 304. Erklärungen. 305. Diskussion. 306. Wichtige Parteifragen. 307. Erklärungen. 308. Diskussion. 309. Wichtige Parteifragen. 310. Erklärungen. 311. Diskussion. 312. Wichtige Parteifragen. 313. Erklärungen. 314. Diskussion. 315. Wichtige Parteifragen. 316. Erklärungen. 317. Diskussion. 318. Wichtige Parteifragen. 319. Erklärungen. 320. Diskussion. 321. Wichtige Parteifragen. 322. Erklärungen. 323. Diskussion. 324. Wichtige Parteifragen. 325. Erklärungen. 326. Diskussion. 327. Wichtige Parteifragen. 328. Erklärungen. 329. Diskussion. 330. Wichtige Parteifragen. 331. Erklärungen. 332. Diskussion. 333. Wichtige Parteifragen. 334. Erklärungen. 335. Diskussion. 336. Wichtige Parteifragen. 337. Erklärungen. 338. Diskussion. 339. Wichtige Parteifragen. 340. Erklärungen. 341. Diskussion. 342. Wichtige Parteifragen. 343. Erklärungen. 344. Diskussion. 345. Wichtige Parteifragen. 346. Erklärungen. 347. Diskussion. 348. Wichtige Parteifragen. 349. Erklärungen. 350. Diskussion. 351. Wichtige Parteifragen. 352. Erklärungen. 353. Diskussion. 354. Wichtige Parteifragen. 355. Erklärungen. 356. Diskussion. 357. Wichtige Parteifragen. 358. Erklärungen. 359. Diskussion. 360. Wichtige Parteifragen. 361. Erklärungen. 362. Diskussion. 363. Wichtige Parteifragen. 364. Erklärungen. 365. Diskussion. 366. Wichtige Parteifragen. 367. Erklärungen. 368. Diskussion. 369. Wichtige Parteifragen. 370. Erklärungen. 371. Diskussion. 372. Wichtige Parteifragen. 373. Erklärungen. 374. Diskussion. 375. Wichtige Parteifragen. 376. Erklärungen. 377. Diskussion. 378. Wichtige Parteifragen. 379. Erklärungen. 380. Diskussion. 381. Wichtige Parteifragen. 382. Erklärungen. 383. Diskussion. 384. Wichtige Parteifragen. 385. Erklärungen. 386. Diskussion. 387. Wichtige Parteifragen. 388. Erklärungen. 389. Diskussion. 390. Wichtige Parteifragen. 391. Erklärungen. 392. Diskussion. 393. Wichtige Parteifragen. 394. Erklärungen. 395. Diskussion. 396. Wichtige Parteifragen. 397. Erklärungen. 398. Diskussion. 399. Wichtige Parteifragen. 400. Erklärungen. 401. Diskussion. 402. Wichtige Parteifragen. 403. Erklärungen. 404. Diskussion. 405. Wichtige Parteifragen. 406. Erklärungen. 407. Diskussion. 408. Wichtige Parteifragen. 409. Erklärungen. 410. Diskussion. 411. Wichtige Parteifragen. 412. Erklärungen. 413. Diskussion. 414. Wichtige Parteifragen. 415. Erklärungen. 416. Diskussion. 417. Wichtige Parteifragen. 418. Erklärungen. 419. Diskussion. 420. Wichtige Parteifragen. 421. Erklärungen. 422. Diskussion. 423. Wichtige Parteifragen. 424. Erklärungen. 425. Diskussion. 426. Wichtige Parteifragen. 427. Erklärungen. 428. Diskussion. 429. Wichtige Parteifragen. 430. Erklärungen. 431. Diskussion. 432. Wichtige Parteifragen. 433. Erklärungen. 434. Diskussion. 435. Wichtige Parteifragen. 436. Erklärungen. 437. Diskussion. 438. Wichtige Parteifragen. 439. Erklärungen. 440. Diskussion. 441. Wichtige Parteifragen. 442. Erklärungen. 443. Diskussion. 444. Wichtige Parteifragen. 445. Erklärungen. 446. Diskussion. 447. Wichtige Parteifragen. 448. Erklärungen. 449. Diskussion. 450. Wichtige Parteifragen. 451. Erklärungen. 452. Diskussion. 453. Wichtige Parteifragen. 454. Erklärungen. 455. Diskussion. 456. Wichtige Parteifragen. 457. Erklärungen. 458. Diskussion. 459. Wichtige Parteifragen. 460. Erklärungen. 461. Diskussion. 462. Wichtige Parteifragen. 463. Erklärungen. 464. Diskussion. 465. Wichtige Parteifragen. 466. Erklärungen. 467. Diskussion. 468. Wichtige Parteifragen. 469. Erklärungen. 470. Diskussion. 471. Wichtige Parteifragen. 472. Erklärungen. 473. Diskussion. 474. Wichtige Parteifragen. 475. Erklärungen. 476. Diskussion. 477. Wichtige Parteifragen. 478. Erklärungen. 479. Diskussion. 480. Wichtige Parteifragen. 481. Erklärungen. 482. Diskussion. 483. Wichtige Parteifragen. 484. Erklärungen. 485. Diskussion. 486. Wichtige Parteifragen. 487. Erklärungen. 488. Diskussion. 489. Wichtige Parteifragen. 490. Erklärungen. 491. Diskussion. 492. Wichtige Parteifragen. 493. Erklärungen. 494. Diskussion. 495. Wichtige Parteifragen. 496. Erklärungen. 497. Diskussion. 498. Wichtige Parteifragen. 499. Erklärungen. 500. Diskussion. 501. Wichtige Parteifragen. 502. Erklärungen. 503. Diskussion. 504. Wichtige Parteifragen. 505. Erklärungen. 506. Diskussion. 507. Wichtige Parteifragen. 508. Erklärungen. 509. Diskussion. 510. Wichtige Parteifragen. 511. Erklärungen. 512. Diskussion. 513. Wichtige Parteifragen. 514. Erklärungen. 515. Diskussion. 516. Wichtige Parteifragen. 517. Erklärungen. 518. Diskussion. 519. Wichtige Parteifragen. 520. Erklärungen. 521. Diskussion. 522. Wichtige Parteifragen. 523. Erklärungen. 524. Diskussion. 525. Wichtige Parteifragen. 526. Erklärungen. 527. Diskussion. 528. Wichtige Parteifragen. 529. Erklärungen. 530. Diskussion. 531. Wichtige Parteifragen. 532. Erklärungen. 533. Diskussion. 534. Wichtige Parteifragen. 535. Erklärungen. 536. Diskussion. 537. Wichtige Parteifragen. 538. Erklärungen. 539. Diskussion. 540. Wichtige Parteifragen. 541. Erklärungen. 542. Diskussion. 543. Wichtige Parteifragen. 544. Erklärungen. 545. Diskussion. 546. Wichtige Parteifragen. 547. Erklärungen. 548. Diskussion. 549. Wichtige Parteifragen. 550. Erklärungen. 551. Diskussion. 552. Wichtige Parteifragen. 553. Erklärungen. 554. Diskussion. 555. Wichtige Parteifragen. 556. Erklärungen. 557. Diskussion. 558. Wichtige Parteifragen. 559. Erklärungen. 560. Diskussion. 561. Wichtige Parteifragen. 562. Erklärungen. 563. Diskussion. 564. Wichtige Parteifragen. 565. Erklärungen. 566. Diskussion. 567. Wichtige Parteifragen. 568. Erklärungen. 569. Diskussion. 570. Wichtige Parteifragen. 571. Erklärungen. 572. Diskussion. 573. Wichtige Parteifragen. 574. Erklärungen. 575. Diskussion. 576. Wichtige Parteifragen. 577. Erklärungen. 578. Diskussion. 579. Wichtige Parteifragen. 580. Erklärungen. 581. Diskussion. 582. Wichtige Parteifragen. 583. Erklärungen. 584. Diskussion. 585. Wichtige Parteifragen. 586. Erklärungen. 587. Diskussion. 588. Wichtige Parteifragen. 589. Erklärungen. 590. Diskussion. 591. Wichtige Parteifragen. 592. Erklärungen. 593. Diskussion. 594. Wichtige Parteifragen. 595. Erklärungen. 596. Diskussion. 597. Wichtige Parteifragen. 598. Erklärungen. 599. Diskussion. 600. Wichtige Parteifragen. 601. Erklärungen. 602. Diskussion. 603. Wichtige Parteifragen. 604. Erklärungen. 605. Diskussion. 606. Wichtige Parteifragen. 607. Erklärungen. 608. Diskussion. 609. Wichtige Parteifragen. 610. Erklärungen. 611. Diskussion. 612. Wichtige Parteifragen. 613. Erklärungen. 614. Diskussion. 615. Wichtige Parteifragen. 616. Erklärungen. 617. Diskussion. 618. Wichtige Parteifragen. 619. Erklärungen. 620. Diskussion. 621. Wichtige Parteifragen. 622. Erklärungen. 623. Diskussion. 624. Wichtige Parteifragen. 625. Erklärungen. 626. Diskussion. 627. Wichtige Parteifragen. 628. Erklärungen. 629. Diskussion. 630. Wichtige Parteifragen. 631. Erklärungen. 632. Diskussion. 633. Wichtige Parteifragen. 634. Erklärungen. 635. Diskussion. 636. Wichtige Parteifragen. 637. Erklärungen. 638. Diskussion. 639. Wichtige Parteifragen. 640. Erklärungen. 641. Diskussion. 642. Wichtige Parteifragen. 643. Erklärungen. 644. Diskussion. 645. Wichtige Parteifragen. 646. Erklärungen. 647. Diskussion. 648. Wichtige Parteifragen. 649. Erklärungen. 650. Diskussion. 651. Wichtige Parteifragen. 652. Erklärungen. 653. Diskussion. 654. Wichtige Parteifragen. 655. Erklärungen. 656. Diskussion. 657. Wichtige Parteifragen. 658. Erklärungen. 659. Diskussion. 660. Wichtige Parteifragen. 661. Erklärungen. 662. Diskussion. 663. Wichtige Parteifragen. 664. Erklärungen. 665. Diskussion. 666. Wichtige Parteifragen. 667. Erklärungen. 668. Diskussion. 669. Wichtige Parteifragen. 670. Erklärungen. 671. Diskussion. 672. Wichtige Parteifragen. 673. Erklärungen. 674. Diskussion. 675. Wichtige Parteifragen. 676. Erklärungen. 677. Diskussion. 678. Wichtige Parteifragen. 679. Erklärungen. 680. Diskussion. 681. Wichtige Parteifragen. 682. Erklärungen. 683. Diskussion. 684. Wichtige Parteifragen. 685. Erklärungen. 686. Diskussion. 687. Wichtige Parteifragen. 688. Erklärungen. 689. Diskussion. 690. Wichtige Parteifragen. 691. Erklärungen. 692. Diskussion. 693. Wichtige Parteifragen. 694. Erklärungen. 695. Diskussion. 696. Wichtige Parteifragen. 697. Erklärungen. 698. Diskussion. 699. Wichtige Parteifragen. 700. Erklärungen. 701. Diskussion. 702. Wichtige Parteifragen. 703. Erklärungen. 704. Diskussion. 705. Wichtige Parteifragen. 706. Erklärungen. 707. Diskussion. 708. Wichtige Parteifragen. 709. Erklärungen. 710. Diskussion. 711. Wichtige Parteifragen. 712. Erklärungen. 713. Diskussion. 714. Wichtige Parteifragen. 715. Erklärungen. 716. Diskussion. 717. Wichtige Parteifragen. 718. Erklärungen. 719. Diskussion. 720. Wichtige Parteifragen. 721. Erklärungen. 722. Diskussion. 723. Wichtige Parteifragen. 724. Erklärungen. 725. Diskussion. 726. Wichtige Parteifragen. 727. Erklärungen. 728. Diskussion. 729. Wichtige Parteifragen. 730. Erklärungen. 731. Diskussion. 732. Wichtige Parteifragen. 733. Erklärungen. 734. Diskussion. 735. Wichtige Parteifragen. 736. Erklärungen. 737. Diskussion. 738. Wichtige

Haftbefehle gegen die drei Sklarefs

Konkurs über die KVB. verhängt.

Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidentium, Amtsgerichtsrat Dr. Pieper, dem gestern mittag von der Kriminalpolizei das gegen die Gebrüder Sklaref und ihren Privatbuchhalter und Sekretär Friedrich Lehmann vorliegende Belastungsmaterial zugeleitet worden ist, hat nach kurzem Studium der Akten und den vorgeschriebenen Vernehmungen der Beschuldigten gegen Mag. Seb und Willy Sklaref, sowie gegen Lehmann Haftbefehle erlassen. Diese Maßnahme erfolgte, weil gegen die vier Beschuldigten der dringende Tatverdacht der schweren Urkundenfälschung und des Betruges besteht, außerdem Verdunkelungsgefahr von dem Richter als vorliegend angesehen wurde, so daß der Erlaß der Haftbefehle geboten erschien.

Bürgermeister Scholz hat den Stadtkämmerer Lange beauftragt, die Direktoren der Stadtbank Schmitt und Hoffmann unverzüglich über die gesamten Vorgänge bei der Kreditgebarung der Stadtbank, die bestehenden Geschäftsanweisungen sowie über die Frage der Innehaltung der Geschäftsanweisungen und der Sicherungsvorschriften eingehend zu vernehmen, sie auch über persönliche Beziehungen zu den Inhabern der Firma Sklaref zu hören. Der Kämmerer hat ferner den Auftrag erhalten, auch weitere Beamte der Stadtbank verantwortlich zu hören, wenn sich aus den Vernehmungen Veranlassung dazu ergibt. Bei diesen Vernehmungen soll möglichst auch der Stadtsyndikus tätig mitwirken.

Der Verwaltungsrat der Stadtbank hat, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, Freitag nachmittag getagt und den Sklaref-Kredit behandelt. Der Verwaltungsrat erwartet, durch von ihm eingeleitete Maßnahmen die Abwicklung des Kredites in einer Weise zu erledigen, daß Verluste der Stadtbank auf ein verhältnismäßig geringes Maß beschränkt werden dürften. Zur weiteren Behandlung der Angelegenheit ist ein besonderer Ausschuß des Verwaltungsrates unter dem Vorsitz des Stadtkämmerers eingesetzt worden.

Die Akten gehen nunmehr an den Untersuchungsrichter zwecks Fortsetzung der weiteren Ermittlungen, und zwar liegt die Untersuchung in Händen des Generalstaatsanwalts Wibe und des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Richter. Neben dieser Staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Untersuchung laufen aber noch mehr disziplinarische Ermittlungen, die sich hauptsächlich gegen den geschäftsführenden Direktor der Stadtbank Schmitt und den Direktor Hoffmann richten, und die vom Stadtkämmerer Dr. Lange, der auch bekanntlich Vorsitzender des Ausschusses der Stadtbank ist, geführt werden. Durch diese Untersuchung soll vor allem festgestellt werden,

ob die leitenden Direktoren der Stadtbank die Sicherungsvorschriften in genügender Weise beachtet haben, und ob etwa den Gebrüder Sklaref ihre betrügerischen Manipulationen durch eine mangelnde Kontrolle der Stadt ermöglicht

worden sind. Darüber hinaus wird die Untersuchung des Stadtkämmerers gegen die beiden leitenden Beamten der Stadtbank aber noch einen weiteren sehr heiklen Punkt berühren, nämlich das persönliche Verhältnis der beiden zu den drei Inhabern der Firma Gebrüder Sklaref.

Die Gebrüder Sklaref werden von Rechtsanwalt Dr. Mosberg, Rechtsanwalt Golnik und Rechtsanwalt Dr. Rog Jaffe verteidigt, die bereits gestern mittag beim Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß Sprecherauftrag beantragt und auch erhalten hatten. Nach der Erklärung der Verteidiger bestreiten die Gebrüder Sklaref auf das entschiedenste, sich strafbar gemacht zu haben.

Bisher hätte keiner der Gebrüder Sklaref ein Geständnis oder Teilgeständnis abgelegt, sondern nur zugegeben, daß sie einen sehr großen Kredit von der Stadtbank zur Finanzierung der laufenden Lieferungen an die Stadt Berlin erhalten hätten.

Das Unternehmen der KVB. sei durchaus gut finanziell fundiert und der höchst wertvolle Monopolvertrag mit der Stadt Berlin lasse es ausgeschlossen erscheinen, daß sie zu den ihnen zur Last gelegten betrügerischen Manipulationen überhaupt gegriffen hätten. Die Verteidigung macht sogar den Magistrat den Vorwurf, daß er durch das rigorose Vorgehen mit der Strafankündigung, hinter der politische Motive vermutet würden, die Abwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt, sowie die Interessen der Gläubiger der KVB. und das Vermögen ihrer Inhaber geschädigt hätte. Zu dem vorliegenden Geständnis des Privatsekretärs Friedrich Lehmann, durch das die Gebrüder Sklaref auf das schwerste belastet werden, wird seitens der Verteidigung bisher nicht eingegangen, sondern nur erklärt, daß höchstens Unterlagen, die statistischen Zwecken dienten, aber in keinem Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Stadt um den Kredit ständen, gefälschte Unterschriften getragen hätten, von denen jedoch die Gebrüder Sklaref nicht das geringste gewußt hätten.

Inzwischen hat das Amtsgericht Berlin-Mitte auf Antrag der Berliner Stadtbank ein allgemeines Veräußerungsverbot gemäß § 8 der Konkursordnung an die Firma KVB., Kleidervertriebsgesellschaft Gebrüder Sklaref in Berlin, Kommandantenstraße 80/81, an die Firma Willy Sklaref, Inhaber Gebrüder Sklaref, die Firma Textil-Großhandel Gebrüder Sklaref und an die drei Inhaber persönlich erlassen. Dem Konkursantrag der Stadt wird demnach also stattgegeben werden. Der

Magistrat hat ferner beschlossen, die Geschäftsräume der Sklarefschen Unternehmungen in der Kommandantenstr. 80/81 nicht schließen zu lassen, und zwar mit Rücksicht auf die etwa 200 Arbeiter und Angestellten,

die durch eine derartige Maßnahme arbeitslos würden. Darüber hinaus hat sich der Magistrat sogar bereit erklärt, da die Postische und übrigen Konten von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden sind, die am Ultimo fälligen Gehälter, sowie die Löhne für die Arbeiter durch die Stadtbank zur Auszahlung gelangen zu lassen.

Am Donnerstag hat man übrigens den in New York weilenden Oberbürgermeister Böß in einem Kablelegramm nach New York von den bei der KVB. aufgedeckten Betrügereien unterrichtet.

„Esel“ und „Spigubben“ unterm Sowjetstern.

Bei der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin haben sich im Zusammenhang mit dem Export von Sowjetrussland Unregelmäßigkeiten ereignet, die in der Sowjetpresse erörtert werden. Die Moskauer „Pravda“ bezeichnet die Angestellten der Handelsvertretung in Berlin mit den nicht sonderlichen wahlfindenden Titeln „Esel“ und „Spigubben“.

Schulstreik in der Rüdersdorfer Straße?

Das Haus der 30. Gemeindeschule in der Rüdersdorfer Straße gibt seit langem Anlaß zur Mißstimmung in Elternkreisen. Den baulichen Mängeln des verfallenen Gebäudes, über die geklagt wurde, wird ja nun durch Umbau abgeholfen. Aber durch die Langsamkeit der Bauausführung wird der Schulbetrieb so gestört, daß die Eltern schließlich die Geduld verlieren.

Eine Elternversammlung hat beschlossen, in den Schulstreik zu treten, wenn nicht baldigst ein ordnungsmäßiger Schulbetrieb ermöglicht wird. Der Elternbeirat hatte nichts unversucht gelassen, zu erreichen, daß Störungen vermieden würden. Bange vor den Sommerferien hatte er bei den in Betracht kommenden Stellen verlangt, daß der Umbau des Schulhauses und besonders die Erneuerung der Heizanlage in den Ferien vorgenommen würden. Leider blieben diese Bemühungen erfolglos. Mit den Arbeiten an der Heizanlage wurde erst drei Tage vor Schluß der Ferien angefangen, so daß nach Wiederaufnahme des Unterrichts die ärgsten Störungen auftraten. Der Vorsitzende des Elternbeirats schreibt uns hierzu:

„Der Unterricht mußte, kaum begonnen, acht Tage unterbrochen werden. Dann wurde er in einem benachbarten Schulhaus (Memeler Straße) notdürftig in der Weise weitergeführt, daß die eine Schule Unterricht hatte, während die andere einen Ausflug oder etwas Ähnliches unternahm. Das dauert aber nun schon eine Reihe von Wochen — und ein Ende dieses Zustandes ist noch nicht abzusehen. Es kann Eltern und Kindern nicht zugemutet werden, diese Störungen länger zu ertragen. Die Geduld der Eltern ist erschöpft, zumal da bekannt gemordet ist, daß der Rest des bewilligten Baugeldes vom Rathaus noch nicht angewiesen wurde. Da besteht die Gefahr, daß das Bezirksamt die Arbeiten einstellen lassen muß, wenn es nicht noch in letzter Stunde das Geld erhält. Die fast vollständig versammelten Eltern haben einstimmig beschlossen, vom 10. Oktober ab ihre Kinder so lange nicht mehr zur Schule zu schicken, bis das Schulhaus gänzlich fertig ist und der Unterricht in geordneter Weise wieder aufgenommen werden kann. Der Elternbeirat, aus allen Parteien zusammengesetzt, ist fest entschlossen, in diesem Kampf die Führung zu übernehmen und ihn erfolgreich durchzuführen. Es ist nicht seine Schuld, daß es so weit kommen mußte.“

Wir hoffen, daß sofort alles geschehen wird, den Eltern diesen äußersten Schritt zu ersparen. Die bevorstehenden Herbstferien bieten die Möglichkeit, die Bauarbeiten schnell weiterzuführen und zu Ende zu bringen.

Dachstuhlbrand in Wilmersdorf.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte gestern nachmittag vier Jüge der Feuerwehr in der Schweidniger Straße 3 in Wilmersdorf. Trotz starken Wassergebens aus zahlreichen Schlauchleitungen gröhnten Kolbars brannte der Dachstuhl des Gartenhauses, der in seiner ganzen Ausdehnung von den Flammen erfaßt worden war, nieder.

Nur nach 15 Uhr demerten Hausbewohner, wie plötzlich aus den Bodenlöchern des Gartenhauses die heißen Flammen empor schlugen. Beim Eintreffen fand die Feuerwehr bereits einen sehr ausgedehnten Brandherd vor. Der gesamte Dachstuhl stand in Flammen und es mußten alle Bemühungen darauf gerichtet werden, die angrenzenden Dachstühle der beiden Seitenflügel, die eine Zeit lang äußerst bedroht waren, zu schützen. Nach einstündiger angestrengter Tätigkeit gelang es, das Feuer einzudämmen. Der Schaden ist sehr erheblich. Die Wohnungen der oberen Stockwerke sind durch Wasserschaden arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Entstehungsurache konnte zwar noch nicht einwandfrei ermittelt werden, es scheint aber, daß Brandstiftung vorliegt.



Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Die Untergründe des Schlosses Fontaine füllen sich mit Schmerz, mit Fieber, mit Blut. Bald sind alle Räume vollgestopft, sie wären es auch dann, wenn Major Dufang sich stärker einschränken wollte. Man muß organisieren. Stabsarzt Fünser, durch die Umstände gezwungen, organisiert dahin, daß die hoffnungslosen Fälle, nachdem sie unten versorgt und als hoffnungslos erkannt sind, wieder hinaufgeschafft werden. Rückwärtige Teile des Schlosses behaupten sich noch, eine Art Flügel, ein Anbau: die Waschküche, die Garage, ein Raum für die Gärtnerei. Dorthin lagern sie die Sterbenden.

Eine solche Bestie ist der Krieg: sie, die gar nichts mehr wert sind, die nach ärztlichem Urteil bestimmt draufgehen werden, müssen sich in erhöhtem Maß einer abermaligen Katastrophe aussetzen. Die der größten Sorgfalt in der letzten Stunde bedürftigen, geraten sehr in die Gefahr, noch einmal verwundet zu werden. Jenem sind schon beide Beine zertrümmert? Vielleicht werden ihm jetzt obendrein die Arme zertrümmert. Da er noch nicht tot ist, wird es ihm wohl tun.

Funk fragt sich, ob das Schrecklichste, was in dieser erzwungenen Unmenslichkeit liegen kann, eintritt: ob die Aufgegebenen erkennen, daß man sie bereits auf den Abfallhaufen wirft.

Von Zeit zu Zeit geht Dr. Model mit Funk hinaus: mit der Spritze und mit Morphium. Da liegt ein Leutnant einer Maschinengewehrkompanie: die Brust ist ihm aufgerissen in der ganzen Breite, die Rippen sind weggeschlagen, die verletzten Lungen arbeiten schaumig, er leuchtet geheizt, Schweiß läuft über ein immer noch kräftiges Gesicht. Man kann ihn gar nicht verbinden, so unabweisbar ist die Zerstörung, rote Blasen steigen und fallen rasselnd — aber er lebt immer noch. Neben ihm in einer Zeltbahn liegt ein anderer Offizier, siegen Reste. Viel ist nicht mehr vorhanden, dreißig, vierzig Pfund Fleisch und Knochen. So haben sie ihn herbeigeschafft. Die Rückseite einer Menükarte, weiß Gott woher sie stammt, mit einer Sicherheitsnadel am Tuch befestigt, sagt Namen und

übriges. Er soll im Garten des Schlosses beerdigt werden, sobald die Krankenträger Zeit haben, für ihn und ein paar Dugend, die sich tot angesammelt haben, Gräber auszuwerfen.

Ein Marokkaner hat Schüsse mehrfach durch die Brust. Er hat die hohe Mütze bis zum Kinn übers Gesicht gezogen. Lebt er noch? Er fühlt sich kalt an. Funk zieht sacht an der Bedeckung und legt das Gesicht frei. Die Augen öffnen sich zum seltsamsten aller Blicke, sie haben nichts zu tun mit Schloß Fontaine, Nordfrankreich, Kanonen und Krieg — nicht das mindeste. Er sagt ein Wort, es klingt wie gezirpt, wie gehaucht — Wort der Helmat. Ein Wunsch, eine Verwünschung? Es bleibt völlig unklar. Funk will dem ockergelben Mann den Trinkbecher mit Kaffee an den Mund setzen: die Lippen bleiben gepreßt. Model will Morphium injizieren (obwohl man sparen soll, sparen! würde unwillig jener Chef das Haupt schütteln. Was ist uns Marokko!), aber der Arm zieht sich zurück, die Hand kriecht empor zur Mütze und holt sie wieder ganz über das Antlitz. Er sondert sich ab von Europa, das ihm den sinnlosen Tod bereitet hat.

Für einen anderen aber ist Morphium sehr notwendig, für einen französischen Mitrailleurfeldwebel, der eine schwere Kopfwunde hat. Apfelsgroß sieht ihm ein Stück Hirnschale über der Schläfe. Die Augen sind geschlossen und vorgetrieben — bei tiefblauen Lidern. Das grüne Gesicht ist gedunnen. Er hat den Verband beiseite gezerrt, die Finger zupfen an schwarzelockten, blau- und schmutzverklebten Haaren, zupfen an den Wundrändern. Zerrißenes Gehirn pulst dazwischen, wie ein kleines braunrot überkrustetes Kissen, das sich in rasendem Takte bläht und senkt. Er ist mit allen Gliedern in einer schwimmenden, greifenden, kletternden Unruhe.

Sie verbinden ihn von neuem. „Umsonst,“ sagt Model. „Er macht's nicht mehr lang.“ Er ist ohne Bewußtsein, aber sie geben ihm doch eine Spritze, damit er das Stilliegen lernt. Damit nicht, wie es geschieht bei solchen Hirnverletzten, schließlich zwei Mann schauerlich grotesk mit ihm ringen müssen, um ihn an die Bahre zu fesseln.

So liegen viele in Reihen auf Heu, auf Matten, mit zerstückten Därmen, zerplatzten Harnblasen, zerhackten Lungen, zerhackten Kehlköpfen, eisenverhewenen Schädeln — die Aufgegebenen. Sie wurden nicht einmal weggeschafft, wenn die Kumpelkästen der Sanitätskompanie angeprescht kommen, wenn die in Schweiß und Angst getauchten Fahrer und Begleiter ihre Wagen überstürzt füllen — in Angst deshalb, weil sie mit jeder weiteren Minute fürchten müssen, Artillerie bricht erneut los und über sie herein, wenn sie unterwegs sind.

Rein — fortgeschafft werden zuerst die, die noch irgendwie dem Arzt Hoffnung geben, sie könnten mit dem Leben davonkommen. Aber auch sie kommen manchmal nicht mehr weit, fordern sehr schnell um.

Ein Sanitätswagen, mit sitzenden und liegenden Passagieren angepöpselt, nimmt Abschied. Beneidet wie immer werden die Leichtverwundeten, sie haben es hinter sich, sie gehen „in Pension“. Sie haben es nicht hinter sich, keine hundert Meter weit halpern sie, da zerreißt ein Volkstreffwagen und Pferde. Es werden nur noch zwei dorthin zurückgebracht, von wo sie eben abgerollt sind: erst schwach verletzt, jetzt schwer. Alle anderen, soweit noch Körperhaftes da ist, gelangen gleich in den Garten — zu denen, die schon einen beträchtlichen Haufen bilden.

Kerzte und Sanitätsunteroffiziere finden sich paarweise zusammen, die Paare lösen einander ab. Fünfer und Betsche von Mitternacht bis drei, Model und Funk ab drei bis sechs, und so fort. Es gibt aber oft genug zu tun, um alle auf die Beine zu bringen.

Funk hält die armelige Kerzenflamme so nahe wie möglich an den Hals, den Rumpf, den Fuß, der umwickelt werden soll. Er muß acht haben, damit das Stearin nicht in die Wunde, nicht auf das Gesicht des Elenden tropft.

Gesicht! Hat der noch eines, den sie da bringen? Sein Kopf ist ein schwärzlicher Klumpen, von Blutrinnen durchzogen, Haut hängt überall losgelöst herab und riecht verbrannt. Wo ist die Nase? Kann er sprechen? Nein, er läßt unverständlich. Hat er noch seine Zunge? Jedenfalls lebt er und ist bei Bewußtsein. Ob die Augen erhalten sind, läßt sich nicht erkennen. Feuer ist ihm mitten ins Gesicht gesprungen. Was kann man für ihn tun? Nichts. Ihn nicht reinigen, ihn nicht anfaßen. Mit ein paar Mullagen die Verwundung zubereiten, ihn in einen Gobelinsessel legen und den Kopf zurücklehnen lassen — das ist alles. Wird er fortkommen, bevor er hinüber ist?

Inzwischen knallt und kracht es draußen fern und nah. Um die Schloßtrümmer her toben die Brisanzgranaten gleich irrfinnigen Teufeln. Der ganze Keller bebzt und ruckt, als erbeiete er Stöße, die ihn um einen Meter verschieben. Eine Explosion durchschlägt die Barricade vor einer Luke und diese selbst. Alle Kerzen erlöschen im heißen Luftdruck. Steinstaub würgt im Hals, Steinsplitter reihen die Haut auf, wer im Raum ist, wird zu Boden geworfen. Die Leiche, auf denen Verbandzeug, Spritzen, Instrumente liegen, fallen um. Die spärlichen Mengen an Starktrampantitorin, an Koffein- und Morphiumampullen zerbrechen. (Fortsetzung folgt.)

Opfer trunkener Kaufbolde.

Das Drama in der Graunstraße vor Gericht.

Die beiden Parteigenossen Paegge und Heinrich wurden in der Nacht auf den 9. März d. J. vor dem Lokal Graunstraße 41 von tödlichen Messerschlägen verletzt. Zwei allgemein beliebte und nuchterne Arbeiter, Männer, die im öffentlichen Leben ihren Platz aufs beste ausfüllten, sind Opfer trunkener Kaufbolde geworden. Vor dem Landgericht I hatten sich heute als Täter der arbeitslose Schlosser Düvel und die ehemaligen Arbeiter Steinte und Mantey zu verantworten.

Das blutige Drama in der Graunstraße, das zwei blühende Menschenleben ausgelöscht hat, ist in dem Wirkungsbereich der Götterzeit seinerzeit viel besprochen worden. Ob die Angelegenheit auch irgendeinen politischen Hintergrund gehabt hat, wird erst die Berichtsverhandlung, zu der etwa 30 Zeugen geladen sind, klarstellen. Daß aber die ersten beiden Angeklagten über besuanderte Kaufbolde sind, steht schon jetzt fest. Der Angeklagte Düvel befand sich in der verhängnisvollen Nacht etwa gegen 11 Uhr in betrunkenem Zustande auf dem Heimwege, als ihm zwei Frauen entgegenkamen. Er belästigte sie und wurde deshalb von einem Schupowachtmann zur Rede gestellt, folgte aber trotzdem den Frauen in das Lokal Graunstraße 41, in dem der Baugewerksbund verkehrt. Eine der Frauen — die andere war ihre Schwester — befragte sich über Düvel bei ihrem Mann, den sie abholen wollte. Dieser forderte, daß er sich entschuldige, woran Düvel gar nicht dachte. Er wurde ausfallend, erhielt eine Backpfeife und gelangte mit Hilfe eines Fußtritts auf die Straße. Das war der Anfang einer Schlägerei, die zum Tode Paegges und Heinrichs führte.

Düvel schickte seine beiden Freunde, die ihn zum Lokal begleitet hatten, in eine Kneipe in der Vorhingstraße, er ließ sie von dort Hilfe holen. Es trafen tatsächlich bald Steinte und Mantey ein. Düvel ließ sich von Steinte einen Gummiknüppel geben, begab sich zur Eingangstür des Lokals, öffnete sie und rief: „Jetzt komme heraus, wer will!“. Als Heinrich und Paegge in die offene Tür traten, fiel man sofort über sie her, und einige Augenblicke später lagen sie mit schweren Stichwunden auf dem Boden. Wenige Zeit darauf verstarben sie, in der nächsten Nacht fand die Verhaftung der mutmaßlichen Täter statt. Düvel spielte bei der Verhandlung den Angegriffenen und das Unschuldslamm. Die Frauen habe er nicht belästigt, sagte er, im Lokal Graunstraße sei ihm Unrecht geschehen, mit dem Knüppel habe er nicht geschlagen, mit einem Messer nicht gestochen; im Gegenteil, er habe selbst einen so wichtigen Schlag erhalten, daß er Hut und Uhr verloren habe; daß bei der Kneipe zwei Menschen Stiche abbekommen hätten, habe er erst aus den Zeitungen erfahren. Und was sagt Steinte dazu? Er schimpft auf Düvel los. Nicht dieser, sondern er habe einen wichtigen Schlag erhalten. Den Gummiknüppel habe er ihm nur gegeben, weil er Gewalt fürchtete. Düvel habe etwas aus der Tasche gezogen, was er für ein Messer gehalten habe. Später habe sich Düvel gerühmt: „Sie haben es vielleicht bekommen! Die Peße (Gummiknüppel) war gut, und der Mantey hat gestanden wie eine Eins und hat dazwischengekommen.“ Mantey aber weiß natürlich gleichfalls von nichts. Die Frauen der beiden — Paegge hat auch zwei kleine Kinder hinterlassen — sind als Zeugen geladen. Sie tragen tiefe Trauer und können immer noch nicht verstehen, daß sie auf so furchtbare Weise ihrer Männer beraubt wurden.

Die Fälschungen des Kassierers.

Der Betrug bei der Stadtbank vor Gericht.

Am Herbst vorigen Jahres wurde der bei der Berliner Stadtbank beschäftigte Verwaltungsobersekretär Rowold verhaftet. Ihm wird zur Last gelegt, im Jahre 1926 28 000 M. und bis zu seiner Verhaftung im Oktober v. J. alsdann noch weitere 134 000 M. nach und nach aus den Beständen der Stadtbank in der Neuköllner Filiale veruntreut zu haben. Zur Verdeckung seiner Verfehlungen hat er Bücher gefälscht und amtliche Unterlagen, Quittungen, Urkunden und Belege vernichtet. Mitangeklagt sind Stadtobersekretär Emil Rothgänger, der Stadtkassier Max Behnke und der Stadtkassier Hinkel, die beschuldigt werden, von den Verfehlungen Rowolds Kenntnis gehabt und ihn darin begünstigt zu haben, teilweise sollen sie ihm auch Beihilfe geleistet haben. Weiterhin sind der Hofbesitzer Max Behnke und dessen Ehefrau Meta Behnke wegen Hehlerlei mitangeklagt. Rowold behauptet, daß er 134 000 M. den Eheleuten Behnke zinslos überlassen habe. Die schon sehr schwer vorbestraften Eheleute bestreiten das und wollen nicht mehr als 33 000 M. erhalten haben. Sie haben aber zugegeben, daß sie sich mit finanzieller Unterstützung Rowolds ein großes Gut bei Danzig gekauft haben. In die Unterschlagungssache war noch ein fünfter Beamter der Berliner Stadtbank, der Stadtinspektor Storch verwickelt, der unmittelbar nach der Aufdeckung der großen Unterschlagungen Rowolds Selbstmord verübte.

Frau Behnke, so sagt der Angeklagte Rowold aus, habe ihm eines Tages erzählt, daß sie einen Prozeß zu schweben habe, der ein Grundstück im Werte von 250 000 Mark betrefte. Allerdings fehlte ihr das Geld, um den Prozeß ganz durchzuführen, so daß sie Rowold bat, da er doch an der Quelle sitze, ihr etwas Geld zu borgen. Behnkes machten dem Kassierer größere Versprechungen. Sie wollten das Geld mit 6 Proz. verzinsen, inzwischen solle er sich ein schönes Haus in Berlin aussuchen, das sie für ihn kaufen wollten. Behnke und Rowold wurden gute Freunde. Der Angeklagte Behnke pflegte dem Hauptangeklagten vor, daß er in Penzance bei Danzig von einem Grundstücksmaier ganz billig ein Gut erwerben könne. Nur eine Anzahlung von 35 000 Mark sei dazu notwendig. Rowold erklärte sich nach einigem Hin und Her auch dazu bereit, die 35 000 Mark zu zahlen. Später zahlte er 10 000 Mark für den

Markter und in den folgenden Monaten gab Rowold dem Ehepaar nach seiner Angabe im ganzen 122 000 Mark für die Einrichtung des Gutes. Behnke bestreitet allerdings, diese Summe bekommen zu haben, lediglich 35 000 Mark hätten sie von Rowold erhalten.

Die Beweisaufnahme erstreckte sich besonders darauf, ob die Eheleute Behnke wußten oder wissen mußten, daß Rowold das Geld unterschlagen hat, sowie ferner darauf, nachzuweisen, daß die mitangeklagten Beamten dem Hauptangeklagten Rowold Beihilfe oder Begünstigung geleistet haben. Der gefundene Sachverständige, Amtmann Bambszus, wurde auf Antrag der Verteidigung vom Gericht abgelehnt, da die Besorgnis der Befangenheit bestand. In seinem Plädoyer vertrat der Staatsanwalt die Auffassung, daß der Angeklagte Rowold im vollen Sinne des Gesetzes der Unterschlagung von 163 000 Mark schuldig sei. Der Angeklagte sei ferner der Bestechung des Mitangeklagten Hinkel, des verurteilten Betrugers und der Urkundenbeseitigung schuldig. Besonders erschwerend sei die Tatsache, daß es war, der die mitangeklagten Beamten in seine Verfehlungen hineingezogen habe. Weiterhin sei zu berücksichtigen, daß durch die verbrecherische Handlungsmesse Rowolds der Tod des Stadtobersekretärs Storch herbeigeführt worden sei. Er beantragte schließlich gegen Rowold eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und neun Monaten und 1500 Mark Geldstrafe.

Der Angeklagte Rowold wurde wegen einfacher Amtsunterschlagung, fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagung und schwerer Urkundenbeseitigung zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen Passier wird wegen Begünstigung auf eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen erkannt. Da er aber nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus Verdrüßnis gehandelt habe, wird ihm eine dreijährige Bewährungsfrist zubilligt. Das Ehepaar Behnke wird wegen fortgesetzter Hehlerlei zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. 8 Monate der ersten Untersuchungshaft werden den Angeklagten Rowold und dem Ehepaar Behnke angerechnet. Die Angeklagten Rothgänger und Hinkel wurden freigesprochen.

Das „Haus der Kinder“.

Ein Erfolg sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Am Freitag konnte das unter sozialdemokratischer Leitung stehende Bezirksamt Weihensee in Anwesenheit der Bezirkskörperschaften und der Presse durch Stadtrat Keimann das neu erbaute „Haus der Kinder“ der Dessentlichkeit übergeben. Eine Säuglingskrippe mit Krabbelstube, ein Kindergarten und -hort sind in diesem Heim der Kleinen, das für seinen Zweck nach den neuesten Grundrissen eingerichtet wurde, untergebracht. Vor dem Haus ist ein Spielplatz mit Sandspielflächen, eine Rasenpielfläche und ein Pflanzgarten für die neue Tagesstätte angelegt worden.

Im Erdgeschoß gelangt man zunächst in den Aufnahmeraum für die Säuglingskrippe. Dort werden die Kinder mit der Heimleidung versehen und dann nach dem an der Südseite gelegenen Tagesraum weitergeleitet. Ein großes, helles, in leichten Farben gehaltenes Zimmer enthält 20 Kinderbetten. Für die etwas älteren, sogenannten Krabbelkinder, steht ein Raum mit 15 Kinderbetten zur Verfügung. Er enthält „Kinderbogen“ und die Schränke, die zur getrennten Aufbewahrung des Spielzeuges dienen. Ebenso Wandstühle, die Wäsche, Decken und sonstiges Inventar aufnehmen. Die Säuglinge werden von geschulten Säuglingschwesteren sorgsam betreut und gepflegt. Bei günstigem Wetter bietet der geräumige Balkon einen zweckmäßigen Freiluftaufenthalt. Neben dem Baderaum, der für das „tägliche Bad“ vorgesehen ist, wurde eine Küche eingerichtet, in der das Essen für die Kinder von den Schwestern selbst zubereitet wird. Durch einen vom Korridor angehenden Schacht wird die schmutzige Wäsche auf schnellste und einfachste Weise von der Krippe in den Keller befördert. Im ersten Stock nimmt der Kindergarten die noch nicht schulpflichtigen Kinder auf. Der Vorraum und Korridor dienen als Kleiderablage. Der Saal als Tagesraum kann 50 Kinder aufnehmen. Durch große drehbare Schränke mit abhängenden Türen ist die Teilung des großen Saales in mehrere Räume möglich. Jedes Kind findet in seinem eigenen Schutzhäuschen Spielzeug und Beschäftigungsmaterial. Kindergärtnerinnen sorgen für die Beaufsichtigung und Unterhaltung. Wandtafeln dienen für die ersten Versuche im Zeichenunterricht. Für die Mittagruhe

bleibt jedem Kind ein Liegestuhl mit Kissen und Woldecken im Seitenbereich zur Verfügung. Der Waschraum hat Fußbecken erhalten und fächer für jedes Kind zur Aufbewahrung aller Reinigungsgegenstände für die Körper-, Mund- und Zahnpflege. Der für 50 Schulkinder bestimmte Hort liegt im dritten Stock. Auch der dritte Stock enthält Fuß-, Brause- und Bannbadeeinrichtungen, ebenso geräumige Balkone. Ein Holzregal ist für plötzlich erkrankende Kinder vorgesehen, um Infektionen zu vermeiden. Vorrichtungen für Höhen- und Sonnenbestrahlungen sind vorhanden.

Das Haus ist zentral mit Warmwasser geheizt und hat fließendes kaltes und warmes Wasser. Jeder Raum hat moderne, zweckentsprechende Beleuchtungskörper, die sich den Farbenstimmungen der durch große Fenster Licht und Luft durchflutenden Räume anpassen. Das Haus der Kinder darf für sich in Anspruch nehmen, eine der vorbildlichsten Einrichtungen auf dem Gebiete des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens zu sein.

Reichsminister Wiffell über Arbeitsschutz.

Eröffnung der Tagung der Arbeitsschutzmuseen.

Am Freitag vormittag wurde die Tagung der Leiter der Arbeitsschutzmuseen und des Unterausschusses für Unfallverhütung des Internationalen Arbeitsamtes vom Reichsarbeitsminister Wiffell im Deutschen Arbeitsschutzmuseum Berlin-Charlottenburg eröffnet. An der Tagung nahmen teil Vertreter von England, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Holland, Schwyz und Ungarn.

Da die gegenwärtige Tagung, so sagte der Minister u. a., zeitlich zusammenfällt mit der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes, so sei es auch den Mitgliedern dieses Ausschusses möglich, sich an den Beratungen der Museenleiter zu beteiligen. Beide Gruppen wollen ja der Verhütung von Unfällen und Gesundheitschädigungen bei der gewerblichen Arbeit dienen. Da die soziale Gesetzgebung die Folgen solcher Unfälle und Schädigungen leider nur lindern könne, sei die vorsorgende Fürsorge, insbesondere die Unfallverhütung von allergrößter Bedeutung für den einzelnen wie für die Gesamtheit. Der Minister gab dann

einen knappen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Arbeitsschutzes. Schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sei gerade von industriellen Kreisen gewünscht worden, eine Zentralstelle zu schaffen, bei der alle Erfahrungen der unfallverhütenden Fürsorge gesammelt werden. In England sei dieser Wunsch sogar schon in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geäußert worden. Der Deutsche Reichstag habe 1901 beschlossen, eine „Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ zu schaffen. Daraufhin sei 1903 das heutige Deutsche Arbeitsschutzmuseum eröffnet worden. Von nun an sei der Gedanke des Arbeitsschutzes mehr und mehr Gemeingut geworden. Der Minister schloß seine Ausführungen mit den besten Wünschen für die Tagung des Ausschusses für Unfallverhütung.

Die Rede des Ministers wurde durch den Dolmetscher des Internationalen Arbeitsamtes ins Englische und Französische überetzt. An die Eröffnungsfeier schloß sich eine Besichtigung des Museums. Die Tagung dauert bis zum 1. Oktober.

Um den Autobusverkehr.

Gegen die Angriffe auf die Omnibusführer.

Im Zusammenhang mit den letzten Autobusunfällen hat in einem Teil der Presse ein Reflektieren gegen die Autobuschauffeure eingesetzt. Es wird dabei manchmal der Eindruck erweckt, als läge die Schuld an den letzten Unfällen bei den Omnibuschauffeuren. Der Vorwurf der Autoraserei, den man ihnen dabei macht, ist gegenüber der Behauptung eines Berliner Abendblattes, daß die Berliner Autobuschauffeure eine Lebensgefahre seien, noch recht milde. Diese alarmierenden Nachrichten beunruhigen selbstverständlich nicht nur das fahrende Publikum, sondern auch die Omnibusführer, wodurch die notwendige Verkehrssicherheit keineswegs gefördert wird. Man kann sich ja vorstellen, daß auch der sonst routinierteste Omnibuschauffeur aus seiner Ruhe kommen muß, wenn er sich jetzt dauernd von berufsener und unberufsener Seite kontrolliert weiß.

Dabei haben die letzten Untersuchungen einwandfrei ergeben, daß die allgemeinen mißlichen Verkehrsverhältnisse Groß-Berlins jedem Kraftwagenführer vor die schwierigsten Aufgaben stellen, vor allem den Omnibusführer, der an einen bestimmten Fahrplan gebunden ist. Freilich muß sich ein solcher Fahrplan an die bestehenden Verkehrsverhältnisse anpassen. In ihm muß sowohl ein Optimum von Sicherheit für den Verkehr wie auch eine irgendwie zulässige Verkehrsgeschwindigkeit berücksichtigt sein.

Uns scheint die in einem Boulevardblatt in einer Artikelserie veröffentlichte Kritik am Berliner Omnibusverkehr weniger im Interesse des fahrenden Publikums getätigt zu sein, als vielmehr im Interesse der Besitzer von Privatautos. Das zeigen auch deutlich die den Artikeln beigegebenen Illustrationen. Denn diese stellen einen unerhörten Angriff gegen die Autobuschauffeure dar, der von uns mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden muß. Auch die ebenso unsachliche Kritik an der Leitung der BVG, ist unberechtigt. Die großen Bemühungen der Direktion der BVG, um die Bewältigung der täglich wachsenden Anforderungen für die günstigste Abwicklung des Groß-Berliner Riesenverkehrs wurden von uns wiederholt gewürdigt. Es bedarf daher eigentlich kaum noch einmal eines ausdrücklichen Hinweis, daß bei Herausstellung irgendwelcher Mißstände die BVG, sicherlich nach bester Möglichkeit eingreift.

Heimgang August Laeterows.

In der Nacht vom 26. zum 27. September ist unser Genosse August Laeterow im Krankenhaus Behanien verstorben. Genosse Laeterow gehörte über fünf Jahrzehnte der Sozialdemokratischen Partei an und hat lange Jahre hindurch mit an der Spitze der Berliner Sozialdemokratie gestanden. — In der Vorkriegszeit hat er vor allen Dingen seine Kraft dem ehemaligen ersten Berliner Wahlkreise gewidmet. Auf vielen Parteitagen hat er die Berliner Genossen vertreten. Neben anderen führenden Genossen war auch Genosse Laeterow an der Gründung der Vorwärts-Buchdruckerei beteiligt. — In der Pressekommission des „Vorwärts“ hat er viele Jahre der Redaktion und dem Verlag mit Rat und Tat zur Seite gestanden. In August Laeterow verliert die Berliner Sozialdemokratie einen von der alten Garde und wird seiner stets ehrend gedenken.

Die Einäscherung findet am Montag, dem 30. September, 18 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt. — Wir bitten um recht rege Beteiligung.

Wilhelm Lamm gestorben.

In der Nacht zum Freitag ist Genosse Lamm, langjähriges Vorstandsmitglied der Konsumgenossenschaft Berlin plötzlich verstorben. Genosse Lamm, der eben sein 62. Lebensjahr vollendet hatte, stammt aus dem Buchdruckerberuf und gehörte zu den Pionieren der Genossenschaftsbewegung in Berlin. Von 1900 an war Lamm ehrenamtlicher Vorsitzender, von 1907 ab besoldeter Kassierer des „Berliner Konsumvereins“. Als dieser sich 1908 mit der Konsumgenossenschaft Berlin verbandelte, wurde Lamm in den Vorstand der vereinigten Organisation gewählt. Im Sommer dieses Jahres trat er in den Ruhestand, den er leider nur wenige Monate genießen konnte.

Typographat Sonntag, den 29. September, vorm. 10 Uhr, sehr wichtige Sängerbekanntmachung auf „Tirol“. Erscheinen Pflicht!



Strümpfe
halten länger
durch Pflege mit
LUX
SEIFENFLOCKEN

so sagt Bemberg, so sagen
die Firmen Max Kühl und Strumpf-
haus H. Metzger A.G. in Berlin

Die fahrenden Schläfer.

Berlin ist eine arbeitsame Stadt, eine der eifrigsten und aktivsten Menschenliebungen der Welt überhaupt, diesen überall unbestrittenen Ruf und Ruhm verdankt Berlin seinen Arbeitern, den mit Kopf und Hand Beschäftigten, deren „Leben“ — Bureau, Fabrik, Lagerhäuser, Drehbank, Werkstatt oder Laboratorium heißt.

Es sind — leider! — nicht immer nur die acht Stunden, die einem dieses Leben abnötigt, es sind oft mehr! Und mehr auch als nur einmal in der Woche geht der halbe Tag für die Arbeit drauf. Für die Erholung und für das Notwendigste, den Schlaf, bleibt da oft nur wenig Zeit. Aber geschlossen muß werden. Ein wenig muß man einmal, wenn zu Hause die Zeit dazu nicht reicht, selbst draußen die Augen schließen, sich innerlich entspannen und freimachen von dem tobenenden Getriebe der Umwelt. Nur ein bißchen! Nur ein paar flüchtige Minuten! Es ist ja kein regelrechter Schlaf, kein tiefer, besorgender, nur so ein Nickerchen, so ein ganz leichtes, mit halbawachen, zum Handeln immer noch fähigen Sinnen. Zehntausende schlafen diesen leichten, jarten Schlaf in den durch die Tunnel laufenden U-Bahn-Grundbahnen, Zehntausende tun, mit halbentspannten Kräften und leicht gelockerten Muskeln, zwischen fünf Haltestellen ihrer Straßenbahn diesen mimosenhaft empfindlichen Schlaf, der oft voll der phantastischsten Vorstellungen und Träume ist; Zehntausende schwanken im Morgendämmer der Frühe und im Dunkel der Nacht, auf dem Wege nach Hause oder zur Arbeit begriffen, oben auf den Decks der Autobusse traumschwer hin und her — an jeder neuen Haltestelle schrecken sie auf, immer in der Furcht, ihr Ziel zu verfehlen.

Es gibt aber auch Virtuosen unter den fahrenden Schläfern, solche, die tief und fest im Stehen schlafen können, in dem stoßenden Rhythmus des dahinjagenden Zuges schwanken sie wie ein Rohr im Winde, aber das stört weder ihre Balance noch den Schlaf — und sie kriegen es sogar fertig, zur rechten Zeit an der richtigen Haltestelle aufzuwachen. Diese virtuosen Schläfer bedauern mit Recht jene, die schlafend ihr Ziel verpassen und erst an der Endstation aufwachen. Die Virtuosen sind, darauf kann man gehen gegen eins wetten, auch bei der Arbeit die „aufgemerktesten“ Leute. Ihr geistiger und körperlicher Organismus ist wie ein feines Instrument exakt auf die Notwendigkeiten des Augenblicks eingepreßt, sie sind, selbst traumbehaftet und schlaftrübe, jederzeit zum Handeln bereit. Und Berlin beherbergt ihrer nicht wenige! Sie sind also nicht die Schlechtesten, die fahrenden Schläfer!

Raubüberfall auf einen Automobilisten.

Bei Lichtenrade bewußtlos aufgefunden.

Ein geheimnisvoller Überfall, der in seinen Einzelheiten noch ungeklärt ist, beschäftigt die Kriminalpolizei.

Auf der Chaussee zwischen den Ortschaften Lichtenrade und Glasow fanden gestern Abend kurz vor 20 Uhr zwei Passanten neben einem vierstündigen Sportwagen, der mit den Borderrädern im Chausseegraben stand, den Führer des Autos bewußtlos auf. Die Leute hielten den Chauffeur eines unmittelbar darauf die Stelle passierenden Privatautos an, der den Bewußtlosen nach der Rettungsstelle im Tempelhofer brachte. Den Bemühungen des Arztes gelang es bald, den Bewußtlosen, der am Kopf leichte Verletzungen aufwies, ins Leben zurückzurufen. Wie aus seinen Personalien hervorging, handelte es sich um den Währigen Willi B. aus der Rigaer Straße. Nach seinen Aussagen hatte er im Spreewald seine Braut besucht und befand sich auf dem Rückwege. Zwischen Glasow und Lichtenrade wurde er von dem Scheinwerfer eines aus entgegengelegter Richtung kommenden Autos berührt geblendet, daß er die Herrschaft über sein Fahrzeug verlor und gegen einen Baum fuhr. Von da an fehlt ihm jede Erinnerung.

W. ist scheinbar überfallen und ausgeraubt worden. In seinen Augen befanden sich noch deutliche Spuren von Pfeffer. Außerdem fehlte ihm die Brieftasche, in der sich etwa 400 Mark befinden haben sollen. Nach allem hat es den Anschein, als ob B. das Opfer eines planmäßig vorbereiteten Raubüberfalles geworden ist. Da sich seine Verletzungen als nicht schwer herausstellten, konnte er alsbald in seine Wohnung entlassen werden.

Sozialdemokratische Arbeit in Neutölln.

Gelände an der Hasenheide wird Volkspark.

Die Kreisdelegierten der Neutöllner Parteiorganisation trafen zusammen, um die Aufstellung der Stadt- und Bezirksverordneten vorzunehmen. Bürgermeister Genosse Scholz hatte das Referat übernommen. Die Sozialdemokratie, so führte er aus, hat zwar nicht die Mehrheit in den Stadtparlamenten, aber doch die Führung der Kommunalpolitik seit vier Jahren. Wir haben für die Kommunalpolitik die Verantwortung, die wir auch freudig übernehmen können, denn die Leistungen auf diesem Gebiete sind unbestritten. Die Stadt Berlin hat in den letzten Jahren eine außerordentlich gute und weitläufige Grundstückspolitik getrieben, die es heute ermöglicht, die Großstadt mit genügend Freizeitanlagen auszulagern. Berlin hat heute eine Bauordnung, die das Spekulantentum herabdrückt und dafür sorgt, daß hygienisch einwandfreie Wohnungen, in die auch Licht und Luft kommt, gebaut werden. Riesiges Gelände ist für die Dauerkleingärten ausgewiesen.

Der Bezirk Neutölln hat auf diesem Gebiete mustergültige Anlagen geschaffen, so den großen Volkspark an der Hasenheide und den Volkspark am Tempelhofer Feld. Damit nicht genug, wird das Bezirksamt das ganze Gelände um die Hasenheide aufkaufen und es der Neutöllner Bevölkerung als Erholungsanlage erschließen. Auch auf dem Gebiete des Schulwesens ist gute Arbeit geleistet worden. Auch dem Arbeiter ist es heute möglich, sein Kind in die höhere Schule zu schicken. Im Bezirk Neutölln sind an den höheren Schulen über 50 Proz. Freistellen. Der Mitarbeiter der Sozialdemokratie im Bezirk Neutölln ist es zu danken, daß auch auf dem Gebiete des Krankenhauswesens und der Wohlfahrtspflege die Verwaltung im Dienste des Volkes, im Dienste der arbeitenden Schichten, gewirkt hat. Mit einem Appell an die Mitglieder der Partei, alle Kräfte anzuspannen, damit bei den Kommunalwahlen der Einfluß der Sozialdemokratie gerade in den Arbeiterbezirken noch wächst, schloß der Referent seine Ausführungen. Die Versammlung nahm dann eine Resolution an, in der die Regierungsstellen aufgefordert werden, mit allem Nachdruck gegen die terroristischen Gruppen von rechts und links vorzugehen. Bei der Kandidatenaufstellung wurde Genosse Harnisch an erster Stelle gewählt.

Bilanz- und Rechenschaftsbericht. Die Genossen H. H. Söllner, 12. Gendarmen-Platz, beginnt am 1. Oktober mit einem neuen Kursus für fremde Sprachen, besonders Englisch und Französisch. Die Unterrichtsgebühr ist äußerst gering. Anmeldungen werden bis zum 4. Oktober entgegengenommen.

Heil, Huter, Heil!

Der Weltbund in dem Schulzimmer.

Ein Klassenzimmer des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums. Anwesend zehn Frauen, fünf Männer und der Redner. Versammlung des Huter-Bundes. Sein Gruß ist: treu und feil; sein Ruf: Heil, Huter, Heil; seine Farben: hellgrau, blau, orange; sein Symbol: Efeu, Eichenlaub, Holunderblume; seine Grundlehre: Carl Huters Psycho-Physiognomik; sein ethisches und ästhetisches Bekenntnis: Kallistophilie (was, wohl bemerkt, kein Mädchen ist); sein Ziel: Wahrheit, Schönheit und Glück. Der Begründer dieses Bundes ist Carl Huter, leider weiß er nicht mehr unter uns, weil er 1912 gestorben ist. Aber er hat 36 Bücher geschrieben, als er auf dem Sterbebette lag, waren dazu noch acht in Arbeit, und so können wir ja nachlesen, was hinter dem schönen Buchtitel: „Elementarstrahlen und strahlende Lebenskraft Helioda“ für ein Zauber steckt.

Wir dachten unter irgendwie belästigte Leute zu kommen, aber weit gefehlt. Da sahen nette Kontoristinnen, so um zwanzig herum, ganz modern gekleidet, mit schön andulierten Bübentöpfen, dann mit den Mädchen gleichaltrige junge Männer, Angestellte mit aufgeweckten Gesichtern, alle todernt bei der Sache; statt schwimmen zu gehen, englisch zu lernen oder sich um ihren Tarif zu kümmern! Dazu mehrere ältere Damen, diese allerdings mit einem unerkennbaren Stich. Noch ein: kein einziger Arbeiter war da.

Der Vortrag über Körperform und Charakter stand unter dem Motto: „Ach seh's an deiner Stirne, du hast 'ne weiche Birne!“ Bewundern- und staunenswert, wie da Plathheit an Plathheit aneinandergerichtet wurde, so herrlich einleuchtend und oberflächlich. Hätte es noch länger gedauert, dann hätten wir armen Margiten doch noch tränenden Auges gestanden, was wir für große Trottel sind.

So kam es aber nicht zu unserer Aufnahme in den Huter-Bund, denn nach § 3 Absatz 2 der Satzungen müssen wir erst „eine genügende Vorbildung in den Elementarstrahlen der Carl Huterschen Psycho-Physiognomik nachweisen, worüber der Vorstand und die ordentlichen Mitglieder entscheiden.“ Und dazu wird es wohl bei uns armen Irrenden niemals reichen.

Aber die anderen, diese jungen Menschen, waren gefangen und kassierten laut Beifall. Schade um die jungen Seelen.

Nordversuch und Selbstmord.

Der Grund der Tat: Mittellosigkeit.

In einem Gasthof in Rottbus war ein Paar abgestiegen, das sich für Eheleute Oswald Berger und Frau Dora aus Berlin ausgab. Gestern fand man den Mann in dem Zimmer erhängt auf, die Frau lag mit angeschnittenen Pulsadern blutüberströmt im Bett. Sie wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht und man hoffte, sie am Leben erhalten zu können. Nach den in Berlin angestellten Ermittlungen scheint es sich nicht um ein Ehepaar sondern um Geschwister zu handeln. Weiter ist festgestellt, daß die beiden Leute unter dem Namen Bornemann und Böttcher auch in anderen Städten als Ehepaar Quartier genommen hatten. Mit einem hinterlassenen Zettel hat der Mann mitgeteilt, daß Mittellosigkeit der Grund zu der Tat war. Der Mann war etwa 60 Jahre alt, 1,65 Meter groß und hatte stark ergrautes Haar. Sein Oberhemd war D. B. gezeichnet. Die Frau verweigert im Krankenhaus jede Auskunft über ihre wahre Persönlichkeit.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

Fünf Streckenarbeiter überfahren und getötet.

Paris, 27. September.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich in der Nähe von St. Jean de Ramleau. Ein Zug, der auf einer abschüssigen Stelle ins Rollen gekommen war, fuhr in eine Kolonne Streckenarbeiter hinein. Fünf Arbeiter wurden sofort getötet. Zwei Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt und mußten in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden.

Sittlichkeitsvergehen eines Greises.

Wegen fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen an Mädchen von 6 bis 8 Jahren wurde in der Nachbarschaft des Stettiner Bahnhofes ein 86 Jahre alter Schuhmacher festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der alte Mann hatte die Kinder in seinen Keller gelockt. Bisher sind drei Mädchen festgesetzt, die er abends mit einer Krankheit angestekt hat. Wahrscheinlich aber ist die Zahl seiner Opfer damit noch nicht erschöpft. Sein Treiben wurde durch eine Mutter aufgedeckt, die ihre Tochter zum Abendessen rufen wollte und sie nach langem Suchen in dem Keller fand.

Was sagt der Bär?



Ein Stück Orient verkörpert
im Berliner Stadtbild diese
Moschee. An ferne Länder erinnert
sie, in denen jener würzige Tabak
reift, dessen Duft die Raucher immer
wieder in den Bann zieht von

Josetti Juno
Berlins meistgeraucherter 4.8 Cigarette

Das 20. Jahrhundert Wochenende

Berlin-Hessenwinkel.

Das die B.G. Verbesserungen in dem Verkehr nach den ent-fernten Berliner Ausflugsorten trifft, ist eine für den Wochenendler besonders wertvolle Tatsache. Ein Beispiel, auf das mit Nachdruck hingewiesen werden muß, ist die Einstellung des Omnibus 22 Rahnsdorf-Hessenwinkel in den allge-meinen B.G.-Verkehr und die Eröffnung der Linie Friedrichshagen (Bahnhof) - Freibad Rahnsdorf als Verlängerung der Linie 187 Behrenstraße-Friedrichshagen. Diese beiden ineinandergreifenden Verbesserungen haben den Zweck, jenem prächtigen Ausflugs- und Bohn(!)gebiet zwischen dem Frei-bad am Müggelsee und dem Dämertsee die luftigen Berliner zuzuführen, für einen Preis, der im ganzen nur die „20 Pfennig“ für ein Billett erfordert. Man steigt in Berlin ein, steigt in Rahns-dorf aus, bestiegt dort den harrenden Omnibus und fährt auf einer Prachtstraße meist an neuen Häuschen moderner

Siedlungen vorbei, nach Hessenwinkel an den Dämertsee. Am Karth des Sees stehend, hat man gegenüber Neu-Buchhorst und zur Linken Erkner. Wenn die neue Verbindung erst genügend bekannt ist, wird die jetzige halbstündige Abfahrt der Wagen nicht aufrechtzuhalten sein. Eine Abfahrtsverbindung mit Motorbooten von Hessenwinkel nach Erkner wird sich dann auch wohl ergeben. Die große Aenderung auf dieser Strecke ist so recht sichtbar, wenn man bedenkt, daß noch vor wenigen Wochen die längs des Müggel-sees führende Linie 84 am Wasserwerk halt machte, so daß man entweder die halbe Stunde Fußmarsch bis zum Freibad leisten oder für den hohen Preis von 40 Pf. (Teilkarten gab es nicht) sich des Sonderomnibus Friedrichshagen-Rahnsdorf-Hessenwinkel bedienen mußte. Das die Linie 187 ab Bahnhof Friedrichshagen noch eine Schar der mit der Eisenbahn gekommenen Bodelustigen empfängt, ist eine weitere erfreuliche Folge ihrer Verlängerung, die fast ausschließlich durch Wald führt. Man wird in dem Kreise dieser Fahrgäste es gern sehen, wenn an der haltestelle Bahnhof einige Bänke für die Wartenden aufgestellt würden.

Zahnärzte und Krankenkassen.

Am Freitag tagte im Lehrerdereinshaus der Reichsverband Deutscher Krankenkassen-Zahnärzte, bei dem der Generalsekretär Dr. Alexander Drucker über die Beziehungen zu den Kassen sprach. Er führte aus, daß es endlich die Aufgabe der Zahnärzteorganisation sein müsse, nicht gegen, sondern mit den Kassen im Interesse der Volksgesundheit zu arbeiten und wies darauf hin, daß die von der zahnärztlichen Landesorganisation erhoffte und erstrebte Abschaffung der zahnärztlichen Behandlung durch Dentisten niemals vom Reichstag beschloffen werden würde und daß es deshalb vollkommen falsch sei, durch Propaganda für das zahnärztliche Studium ein Ueberangebot an Arbeitskräften zu schaffen. Auch die von verschiedenen Zahnärzten geforderte Verminderung der zahnärztlichen Leistung bei Erhöhung der Bezahlung durch die Kassen zeige eine vollkommenere Wertung der wirklichen Lage. Ebenso sei die von der Zahnärzteorganisation in die Wege geleitete gesellschaftliche Boykottierung der Zahnärzte, die für ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Kassen eintreten, ein unmögliches Beginnen. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Der Reichsverband Deutscher Krankenkassen-Zahnärzte wird mit den Krankenkassen im Interesse der Versicherten immer in freundschaftlicher und friedlicher Weise verhandeln. Die Forderungen des Reichsverbandes Deutscher Zahnärzte können nicht den Deutschen Krankenkassenzahnärzteverband veranlassen, seine auf jahrzehntelange Erfahrungen begründete Zusammenarbeit mit den Krankenkassen zu unterbrechen. Der Reichsverband Deutscher Krankenkassenzahnärzte betrachtet es im Interesse einer geregelten zahnärztlichen Versorgung als seine Aufgabe, seine Organisation über das ganze Reich auszubauen. Der Verband verpflichtet sich ferner, alle Boykottversuche gesellschaftlicher Art gegen seine Mitglieder in die breitesten Öffentlichkeit zu bringen, um endlich diesen Dunkelkammern für die Zukunft das Handwerk zu legen.

Die Feuerwehr dient dem Volke. Zu dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 427 des „Vormärts“ veröffentlichten Artikel werden wir von berufener Seite darauf aufmerksam gemacht, daß zum Schluß dieses Artikels einige Wendungen vorkommen, die in den Kreisen des Feuerwehrpersonals den Eindruck erwecken, als ob nur die Brandmeister eine ganz besondere Verantwortung tragen. Es lag uns natürlich fern, die Tätigkeit und Verantwortung der Feuerwehr- und Oberfeuerwehrmänner durch Richterwählung geringer zu bewerten als die der Brandmeister. Wir glaubten, durch die ausführliche Schilderung der schweren Arbeit der Feuerwehrmänner auch deren Verantwortung genügend gekennzeichnet zu haben. Hinsichtlich der von uns angeführten Be-soldung werden wir in der Zuschrift darauf aufmerksam gemacht,

daß der Feuerwehrmann erst dann das Anfangsgehalt der Besoldungsgruppe VIa erhält, wenn er in eine planmäßige Beamten-stelle eingereiht wird. Wir geben dieser Zuschrift gern Raum, da wir davon überzeugt sind, daß jeder Beamte der Feuerwehr große Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit trägt.

Halsmann-Prozess wieder am 16. Oktober.

Jansbrud, 27. September.

Der Halsmann-Prozess wird am 16. Oktober weitergeführt werden und in zwei bis drei Tagen beendet sein. Die medizinische Fakultät in Jansbrud hat mit der Ergänzung und Ueberprüfung der Gutachten bereits begonnen. Am Donnerstag wurde der junge Halsmann in bezug auf seine Kurzsichtigkeit untersucht. Heute wurden der Fakultät von den Verteidigern die Fragen über-mittelt, die zur Ergänzung des Gutachtens notwendig sind. Eine Zurückziehung der Anklage, wie dies von den Verteidigern beim Justizministerium gewünscht wurde, kommt nicht in Frage.

Freifahrkarten für die Berliner Blinden.

Um die vielen Rückfragen zu vermeiden, macht die Zentral-stelle für Blindenwohlfahrt, Berlin SO. 26, Oranien-strasse 26 (Fernspr. Raq. 465, Sprechstunden von 10-13 Uhr),

Funkwinkel.

Dieses „Internem der Woche“ hatte seine Berechtigung. Eisenstein, der Regisseur des „Bongertreuzer Potemkin“ stand vor dem Mikrophon. Man erfuhr von ihm, wie beherrschend in der russischen Filmproduktion die Tendenz ist: Werke, die den Kollektivismus predigen, und die wichtigsten Tagesfragen diskutieren, müssen geschaffen werden. Man würde glauben, daß bei solchen Voraussetzungen endloser Weltanschauungskämpfe entstehen müßte — wenn man nicht schon vom Gegenteil überzeugt worden wäre. Es ist umgekehrt. Den Rißsch produzieren wir. Kunst läßt sich eben weder durch Formeln einfangen noch vertreiben; sie ist an die Be-gabung, an das Genie gebunden, das sie aus innerer Notwendigkeit heraus — gleichviel unter welchen Umständen — der Welt schenkt. — Die musikalischen Darbietungen waren hauptsächlich auf Unterhaltung abgestimmt: das Schallplattenkonzert mit Gesangsvorträgen von Heinrich Schlusnus und Richard Tauber, Ernst Stefans selbstkomponierte Schläger, die neapolitanischen Wieder Albert Loftinis. — „Das Wochenende“ leidet schon unter der Herbststimmung. Viele wagen sich nicht mehr allzweit hinaus. Die Raifschläge von Dr. Matthias Sommer, wie man für 20 Pfennige mit den Berliner städtischen Verkehrsmitteln der Großstadt entfliehen und in die freundliche Natur gelangen kann, tomen daher recht gelegen.

erneut darauf aufmerksam, daß die Erneuerung der Freifahrkarte für die städtischen Verkehrsmittel bereits im Laufe des Monats November bei ihr beantragt werden muß. Fahrkarteneinhaber, die erst im Dezember oder gar Januar Bilder für die neue Fahrkarte ein-reichen, können nicht damit rechnen, pünktlich zu Anfang des neuen Jahres im Besitz der Freifahrkarte zu sein.

Brand auf städtischem Gut.

In der Nacht zum Freitag entstand im Dachstuhl eines Ar-beiterwohnhauses auf dem städtischen Gut Seichow bei Lichtenrade Feuer. Zwei Personen, die in einer Dachkammer schliefen und von dem Feuer überrascht worden waren, konnten sich noch im letzten Augenblick retten. Der Dachstuhl brannte nieder. Den Löscharbeiten der freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Ortschaften gelang es jedoch trotz schwieriger Wasserhältnisse, einen Teil des Wohnhauses vor der gänzlichen Vernichtung zu retten.

Die Berliner Kommission für Naturdenkmalspflege veranlaßt in diesem Winter im Rotterstraßen des Märkischen Museums, Wallstr. 82/84, eine Reihe Lichtbildvorträge über Naturdenkmäler, für die sich u. a. die Herren Dr. Silgheimer, Prof. Dr. Schoenichen, Studentrat Dr. Rügler, Studentrat Dr. Klose, Prof. Dr. Solger und Dr. Heinroth zur Verfügung gestellt haben. Es finden insgesamt sechs Vorträge statt, für die eine Hörschulgebühr von insgesamt 1 Pf. erhoben wird. Der Eintrittspreis für den Einzelvortrag beträgt 25 Pf. Karten sind erhältlich an der Abendkasse und im Vorverkauf im Märkischen Museum werktäglich von 10-3 Uhr. Die Vorträge finden, mit dem Monat Oktober 1929 beginnend, jeweils am 1. Freitag im Monat statt. Die Vortragsreihe wird mit dem Vortrag von Dr. Silgheimer über die einheimischen Kriechtiere und Lurche am Freitag, dem 4. Oktober 1929, eingeleitet. Dieser Vortrag wird verbunden mit einer Ausstellung lebender Kriechtiere mit-Lunge der Nacht.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einladungen für die Arbeit nur an das Jugendsekretariat Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Alle die Jugendabteilung des Volksbundes werden nach Anmeldungen im Sekretariat entgegengenommen.

Kinderbücher vom Jugendklub im Schillerpark liegen zur Ansicht und Bestimmung im Jugendsekretariat aus.

Besuch der Jugendweibliche im Großen Schauspielhaus morgen, Sonntag, werden dringend benötigt. Wir treffen uns am Eingang Schiffbauerdamm. Genossen und Genossinnen, kommt, soweit es euch möglich ist.

Heute, Sonnabend.

Lichtenrade-Road: Demonstration als Anlaß zu den Kommunalwahlen. Austritt 18 1/2 Uhr. — Potsdam: Funktionärkongress im Heim. Beginn pünktlich 20 Uhr. — Wandlung: Funktionärkongress Schuls Berliner Stadt. — Arbeitsgemeinschaft der Roten Kassen (Kass. Eisenberg): Treffpunkt zur Fahrt nach Brieselang 7 Uhr. — Schönhauser Allee: Baden mitbringen.

Verbehalten Wehling: Deute, pünktlich 19 1/2 Uhr. Taten im Stadtbild Gerichtssaal. Karten sind nicht an der Kasse, sondern beim Genossen A. Weber zu entnehmen.

Verbehalten Wehling: Jugendklub im Haupt. Treffpunkt für alle Gruppen heute, 19 1/2 Uhr, am Bahnhof Oberlattenburg und Bahnhof Jungfernheide. Beginn, Sonntag, 10 Uhr. — Wochenspiegel. Ab 13 Uhr Stadtpark Rausen Rehe-schneidung. Alle Teilnehmer müssen spätestens 21 Uhr in Rausen sein, da eine spätere Quartierverteilung nicht mehr stattfinden kann.

Verbehalten Wehling: „Salbur“-Klub nach Köpenick an der Savel. Treff-punkt 17 Uhr. — Treffpunkt.

Verbehalten Wehling: Deute, 20 1/2 Uhr, findet im Klitterhelm Dammer Str. 26 eine Veranstaltung der Frauen des 4. Kreises. Veranstaltung beginnt. Untere Jugendgenossinnen werden gebeten, sich dorthin zu be-gleiten.

S.O.S. Vömlander Berg: Beim Dammer Str. 26, Baracke 2. — Die Schule in der Hiltzstr.

Verbehalten Wehling: Wehling, Genossen! Unsere Demonstration und Kundgebung auf dem Kriegerdenkmal in Heinersdorf-West (Treffpunkt Kanal-Dorfer) am Sonntag findet nicht statt. Sie wird auf ein späteres Datum verlegt.

Verbehalten Wehling: Wir beteiligen uns an der Demonstration der Partei. Treffpunkt 19 1/2 Uhr. — Köpenick: Treffpunkt beim Frankfurter Allee (Kass. Eisenberg). Nehmen teil.

Morgen, Sonntag.

Verbehalten Wehling: Morgenfeier: 10 Jahre S.O.S. morgen, Sonntag, 11 Uhr, im Emma-Friedrichs-Besetz, Köpenick, Deute, 196. — Treffpunkt: U. Eisenberg, S. Eisenberg, Eisenberg, Treffpunkt beim Diner. — Jugendklub: 10 Freunde aus Berlin und Jugard sind herzlich ein-geladen.

Verbehalten Wehling: 10-Jahr-Rundgebens gemeinsam mit dem Verbehalten Wehling. Abteilungsversammlungen sollen aus.

Schönhauser Allee: Treffpunkt zur Fahrt 6 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Abends Heimabend im Jugendklub Schiffbauerdamm Str. 7.

Verbehalten Wehling: Deute: Die Volkshilfsvereinsmitglieder (S.O.S. Abteilung) unseres Bezirks treffen sich am Dienstag, 1. Oktober, zur Bezirksmitgliederversammlung im „Potemkin“ bei der, Potsdamstr. 11-13, rektlos um 19 Uhr. Schönhauser Allee: Treffpunkt der, Potsdamstr. Treffpunkt. Wir geben von dort aus gemeinsam zur Volksbühnenversammlung. Nachläger gehen direkt hin. Die Mitglieder der „Potsdam“-Kasse gehen direkt zu den Saveland-Treff-punkten, Köpenick, Köpenick, Köpenick.

Weiterbericht der öffentlichen Westdeutschen Berlin und Umgebung (Kochbr. verb.) Koch meist heiter bei milderer Erwärmung. — Für Deutsch-land: Im Küstengebiet zeitweise stürker bewölkt, sonst überall heiter, am Tag ziemlich warm.



Überlegung bringt Vorteil

Sie brauchen für die Herbst- und Winterzeit angemessene Kleidung. Das bedeutet eine Ausgabe für Sie.

Müssen Sie da nicht darauf bedacht sein, wirklich gute Qualität für Ihr Geld zu bekommen?

Die aber kann Ihnen nur ein Haus liefern, dessen Zuverlässigkeit erprobt und bewährt ist.

Kommen Sie zu uns, wenn Sie vorteilhaft bedient sein wollen.

Esders & Dyckhoff

Gertraudenstraße 8-9 An der Petrikirche

Vor schweren Kämpfen.

Das Großkapital rüstet zum Angriff.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat vor kurzem in Düsseldorf seine Jahrestagung abgehalten, über die wir bereits berichtet haben. Bei der Bedeutung dieses industriellen Spitzenverbandes und der Wirtschaftsführer, die auf dieser Tagung gesprochen haben, wird es indessen noch öfter nötig werden, auf die Verhandlungen zurückzugreifen.

Scheintrat Duisberg, der Präsident des Verbandes und des mächtigen V. O. Farbentrustes, wies im Laufe seines Referats darauf hin, daß noch heute in den Satzungen des Verbandes die Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern als ein Zweck der Organisation angegeben sei, und bedauerte, daß diese sich nicht mehr in Wirksamkeit befinde. Im gleichen Atemzug aber stellte er Forderungen des Verbandes auf, die die schärfste Kampfanziehung gegen die Arbeitnehmer und deren gewerkschaftliche und politische Vertretung bedeuten. Die Herren glauben wieder einmal, die Zeit sei für sie gekommen, Staat und öffentliche Wirtschaft unter ihre Vormachtigkeit zu zwingen. Insbesondere hat die fortschreitende

Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft

den Jörn aller Referenten und Redner auf der Tagung erweckt. Herr Duisberg selber behauptete, alle Erfahrungen sprächen dagegen, daß die Organe der öffentlichen Hand Unternehmungen etwa besser leiten könnten als die Privatunternehmer, und emphatisch rief er aus, daß „der empfindliche Wirtschaftsapparat die Erschütterungen sozialistisch-kommunistischer Experimente nicht ertragen könne“.

Der zweite Referent, der Direktor der Deutschen Bank Kehl, erklärte, es sei die Zeit gekommen, wo die öffentliche Hand der privaten Wirtschaft einmal den Vortritt in der Quanspruchnahme des Auslandes für die Kapitalbeschaffung lassen müßte, und stellte die Frage, ob es für die öffentliche Hand nicht richtiger sei, „die Konsolidierung ihrer kurzfristigen Schulden durch Abgabe von Zertifikaten der Substanz vorzunehmen. Ferner fragte er, ob es nicht für die weitere Entwicklung ihrer Wirtschaft vorzuziehen ist, den Aktienmarkt und nicht den Anleihemarkt in Anspruch zu nehmen.

Diese aus einer großen Zahl ähnlicher Aussprüche herausgegriffenen Zitate sind besonders bedeutsam im Hinblick auf die

Kommenden Berliner Stadtverordnetenwahlen

am 17. November. Sie zeigen, daß die Berliner Sozialdemokratie den einmal siegreich bestandenen Kampf gegen die Auslieferung der städtischen Werke an das Privatkapital noch einmal in verschärfter Form zu führen haben wird. Es wird ihr nicht schwerfallen, an der Hand der Betriebs- und Gewinnergebnisse der in Berlin arbeitenden öffentlichen und privaten Elektrizitäts- und Wasserwerke die Behauptung von der Überlegenheit der privaten Unternehmungen zu widerlegen. Sie kann beweisen, daß ganz allgemein, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Gegenteil der behaupteten Tatsache richtig ist. Herrn Kehl gegenüber wäre die Frage am Platze, ob ihm die Tätigkeit der sogenannten „Beratungsstelle“, die weit besser „Drosselungsstelle“ hieße, nicht bekannt ist. Ihre ganze Tätigkeit ist ein einziger Beweis gegen sein Verlangen, daß nunmehr die öffentliche Wirtschaft der privaten den Vorrang in der Hereinnahme ausländischer Kapitalien lassen müsse. Aber der Angriff, den das Privatkapital durch die bürgerlichen Parteien wiederum gegen die öffentliche Wirtschaft vorzutragen beabsichtigt, ist nicht mit Gründen abzuschlagen, und seien sie auch die stichhaltigsten.

Siegen wird, wer die Macht besitzt.

Der 17. November, der Tag der Gemeindevahlen, wird daher, wie für viele andere Fragen, so auch für die Entscheidung darüber ausschlaggebend sein, ob die Stadt in uneingeschränktem Besitz ihrer wertvollen Werke bleiben wird oder nicht.

Den Industriemagnaten des Reichsverbandes geht es aber natürlich nicht nur um die öffentliche Wirtschaft der Kommunen. Ihre Ziele sind viel weiser gesteckt. Die Forderungen des Reichsverbandes

„bezüglich Änderungen der Wirtschafts-, Sozial- und vor allem der Finanzpolitik des Reichs“ sollen nach Herrn Duisberg im einzelnen erst Anfang Winter vorgelegt werden. Sie sind indessen ihrer Tendenz und Richtung nach durch das parlamentarische Sprachrohr des Reichsverbandes, die Deutsche Volkspartei, wie auch durch Demokraten wiederholt schon vorgetragen worden. Sie gehen dahin, die Erleichterungen aus dem Young-Plan in erster Reihe und unverzüglich für die „Wirtschaft“ zu beanspruchen.

Die Entlastung aus dem Young-Plan im laufenden Rechnungsjahr dürfte etwa 500 Millionen, im kommenden Rechnungsjahr 1930 nach Abrechnung des Zinsdienstes der Dames-Anleihe und der an Belgien wegen des Marktabkommens zu zahlenden besonderen Entschädigungen um etwa 650 Millionen betragen. Die Erleichterung des laufenden Jahres wird restlos ausgezehrt durch das noch ungedeckte Etatdefizit von 1928 und den bestimmt zu erwartenden Fehlbetrag aus 1929, zu dem noch etliche Nachforderungen kommen werden. Andere Referenten zur Abdeckung dieser Fehlbeträge sind nicht vorhanden, da die früheren bürgerlichen Regierungen

alle greifbaren Mittel bis zum letzten Pfennig

zur Bilanzierung der von ihnen vorgelegten Etats aufgebraucht haben.

Auch die für 1930 entstehende Kostenverminderung kann nicht zu einer sofortigen Entlastung der „Wirtschaft“ benutzt werden. Die bekannten Kassenschwierigkeiten des Reichs haben in der letzten Zeit ein Ausmaß angenommen, das materiell nicht mehr zu tragen ist. Dazu kommt das gänzliche Fehlen von Betriebsmittelfonds, das sich jetzt, wo die früheren hohen „Reserve“ nicht mehr verfügbar sind, doppelt fühlbar macht. Nach der wiederholt schon ausgesprochenen Auffassung der Sozialdemokratie müssen daher alle 1930 freiverwendenden Beträge zunächst zur Sanierung des Reichshaushalts verwendet werden. Eine andere Möglichkeit, diese unbedingt notwendige Sanierung durchzuführen, besteht nicht, da andere Mittel nicht vorhanden sind. An die Auslegung einer Anleihe dürfte nach den Erfahrungen, die bei den letzten beiden Anleihen gemacht wurden, niemand denken, ganz abgesehen davon, daß die Sanierung des Reichshaushalts durch eine Anleihe und die gleichzeitige Verwendung freiverwendender Mittel für Steuererleichterungen zugunsten der Besitzenden Maßnahmen sein würden, die aus sozialen, finanz- und währungspolitischen Gründen zurückzuweisen sind.

Die Sozialdemokratie hat niemals die Notwendigkeit der Kapitalbildung verkannt. Aber die Sanierung des Reichshaushalts ist auch im Interesse der Wirtschaft eine Aufgabe allererster Ordnung. Nur auf dem Boden eines in sich gefestigten Reichshaushalts kann auch die Wirtschaft gefunden und erstickt. Die Sozialdemokratie kann sich aber dem

durch Volksparteiler und Demokraten

wiederholt ausgesprochenen Verlangen nicht unterordnen, daß Neuansforderungen unter keinen Umständen bewilligt werden dürften, sondern alle Reparationserleichterungen der Entlastung der Wirtschaft und damit ihrer Kapitalbildung dienlich gemacht werden müßten. Sie kann das aus dem einfachen Grunde nicht tun, weil niemand die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Arbeitsmarktes und die daraus sich ergebenden Notwendigkeiten vorzuziehen vermag. Auch ist der Sozialdemokratie die Kapitalbildung bei den vielen Kleinen nicht minder wichtig als die bei den wenigen Großen.

Nach Herrn Duisberg wird der Reichsverband für die Durchführung seiner Forderungen „sich mit aller Energie, unaufhörlich und unerbittlich einsetzen“. Am politischen Horizont ballen sich somit, auch im Lager der Befürworter des Young-Planes, Gewitterwolken zusammen, die eine schwere Zeit für die Sozialdemokratie bringen werden. Die Sozialdemokratie wird auch unter stärkstem Druck sich nicht zu Maßnahmen verstehen, die ihrer Überzeugung und den ihr anvertrauten Interessen der breiten Massen zuwiderlaufen.

Es konnte sich der Anteil der reinen Betriebsgewinne an den Gesamteinnahmen gegenüber 1928 immerhin von 26,7 auf 31,8 Proz. verbessern. Allerdings zeigt auch dieses Verhältnis noch deutlich genug, wie sehr der deutsche Luftverkehr noch immer auf die Kräfte der Subventionen angewiesen ist.

Unter den Ausgaben haben sich die Betriebskosten von 21,7 auf 23,5 Millionen erhöht. Dies hängt in erster Linie mit den um fast die Hälfte gestiegenen Start- und Landungsgebühren zusammen. Die Abschreibungen, die diesmal beim Material auf Grund der tatsächlich geleisteten Flugkilometer vorgenommen wurden, sind um 1 Million auf 5,9 Millionen gesenkt worden. Nur hierdurch ist noch ein rechnungsmäßiger kleiner Ueberschuß von rund 2500 M. verblieben.

Leider hat auch im vergangenen Jahre die Subventionspolitik die rein verkehrspolitischen Notwendigkeiten bei der Luftfahrt überwacht. So hat die Zahl der angesteuerten Lufthäfen, die schon im vergangenen Jahre von 72 auf 92 gestiegen war, sich im letzten Geschäftsjahre noch auf 99 erhöht. Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß diese enorme Zahl von angelegenen Häfen dem tatsächlichen Verkehrsbedürfnis nicht im geringsten entspricht. Vielmehr ist dieser Zustand nur die Folge eines höchst ungeheuren Partikularismus verschiedener Städte. Diese Städte, die auf eigene Kosten einen Flugplatz bauen und der Luftfahrt Subventionen zahlen, verpflichten das Unternehmen dann zu einem regelmäßigen Verkehr, der natürlich bei der ungenügenden Ausnutzung der Flugzeuge im höchsten Grade unrentabel ist.

Die Kürzung der Reichssubventionen um annähernd 50 Proz. hat im Laufe dieses Jahres zweifellos einen verstärkten Zwang zur Rationalisierung bei der Luftfahrt ausgeübt. Wir wollen hoffen, daß das Unternehmen im laufenden Betriebsjahr alle Möglichkeiten eines rationelleren Betriebes ausgenutzt hat. Es sind sicherlich gute Ansätze zu einer besseren Wirtschaftlichkeit geschaffen worden, sie genügen aber bis jetzt noch nicht.

Unterscheidung des Kalküls in Kalkül. Am Freitag ist zwischen dem anhaltischen Fiskus und der Preußigen das Abkommen über die Anhaltischen Salzwerke unterzeichnet worden. Damit gehen die gesamten Kalkülsquoten der Anhaltischen Salzwerke G. m. b. H. in den Besitz Preußens über.

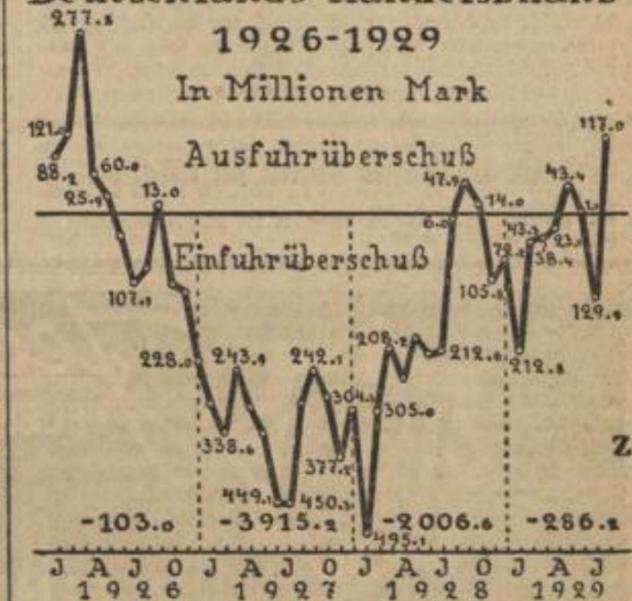
Deutschlands Handelsbilanz.

Die Entwicklung in den drei letzten Jahren.

Die deutsche Handelsbilanz ist in den letzten vier Jahren sehr starken Schwankungen ausgekehrt gewesen. Wie die untenstehende Graphik zeigt, schloß das Jahr 1926 mit einem Einfuhrüberschuß von 103 Mill. ab. Dieser geringe Einfuhrüberschuß hatte aber nichts mit einer günstigen Konjunktur zu tun, sondern fiel noch in eines der schweren Krisenjahre der Nachkriegszeit, die durch geringe Rohstoffzufuhr und andererseits erhebliche Zwangsexporte gekennzeichnet waren.

In der Hochkonjunktur von 1927 erhöhte sich der Einfuhrüberschuß gewaltig auf über 3,9 Milliarden, was in erster Linie damit zusammenhängt, daß 1927 eine überaus fröhliche Inlandskonjunktur brachte.

Deutschlands Handelsbilanz



Die Entwicklung in den beiden letzten Jahren 1928 und 1929 läßt einen erheblichen Rückgang des Einfuhrüberschusses erkennen. Dieser Rückgang ist deswegen erfreulich, weil er nicht oder nur zum geringen Teil auf gesunkene Einfuhr, sondern auf ein durchaus gesundes und organisiertes Wachstum der deutschen Warenexporte zurückzuführen ist.

Rüdners Dunkelkammer.

Undurchsichtige Abschlüsse feiner Maschinenfabriken.

Zu dem Rüdnerschen Stahl- und Zehentonzern gehören auch die drei Maschinen- und Motorenunternehmen Deuh, Humboldt und Oberursel. Diese drei Unternehmen sind ihrerseits in einer engen Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Diese enge Verbindung der drei Unternehmen wird von der Rüdner-Gruppe dazu benutzt, die Jahresergebnisse der einzelnen Betriebe im geheimen zu verrechnen und nur das sogenannte Spitzenergebnis der Öffentlichkeit mitzuteilen. Direkte Abschlußziffern jedes einzelnen Unternehmens sind in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr bekannt geworden.

Aus diesmal lassen die in der letzten Aufsichtsratsitzung vorgelegten Abschlüsse das Geschäftsergebnis bei den einzelnen Betrieben nicht erkennen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Rüdner, hatte auf der letzten Generalversammlung der Motorenfabrik Deuh jede nähere Auskunft mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß dies den Interessen des Unternehmens schädlich sei. Herr Rüdner entpuppt sich hier also als ein Anhänger größtmöglicher Verdunkelungspolitik.

Der Gewinn aus der Interessengemeinschaft von Deuh und der Motorenfabrik Oberursel hat sich von 0,62 auf 0,72 Mill. Mark erhöht. Andererseits wird der ausgewiesene Gesamtgewinn der Interessengemeinschaft Deuh-Humboldt mit 1,5 Mill. angegeben. Wir können nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes der drei Gesellschaften auf die Abschlüsse noch zurück.

Weitere Verschlechterung in der Fahrradindustrie.

Die bekannt schlechte Lage der Fahrradindustrie war nur vorübergehend im Frühjahr durch gesteigerten Absatz gebessert. Seit Juni sinken die Abschlüsse wieder, und nach dem Bericht des Vereins Deutscher Fahrrad-Industrieller war die Lage im August unerbittlich schlecht. Da die kommenden Monate stets das stillste Geschäft aufzuweisen hätten, so würden im Herbst weitere Arbeitseinschränkungen notwendig werden. Gestagt wird über Kapitalmangel und über die „angefichts der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage viel zu hohen Herstellungskosten“. Wir wollen hoffen, daß sich hinter dieser etwas unklaren Formulierung von der Erkenntnis der Bedeutung der Massenlaufkraft nicht die Wut, auf die Löhne einen Druck ausüben zu wollen, verbirgt. Die von uns stets betonte Notwendigkeit des baldigen Abschlusses von Handelsverträgen wird in dem Bericht nachdrücklich unterstrichen. Der Auslandsabsatz werde durch das Fehlen von Handelsverträgen stark erschwert, da die Löhle dauernd erhöht würden, da ja handelsvertragliche Bindungen fehlten. Die Fahrradindustrie fordere daher, daß alle Anstrengungen gemacht würden, die seit langem mit einer Reihe wichtiger Staaten (Tschechoslowakei, Polen) schwebenden Verhandlungen zu einem günstigen Ende zu bringen.

Gründung der Ferngas-Niederschlesien-G. Am 23. September fand die Gründung der Ferngas-Niederschlesien-G. in Hirschberg statt. Das Aktienkapital von einer Million Mark befindet sich zum größten Teil in den Händen des Provinzialverbandes Niederschlesien; mit kleineren Beträgen sind der Kreis Hirschberg, die Stadt Schmiedeberg und die Gemeinden Schreiberhau, Rothendach und Grünau beteiligt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt Vandeschauptmann Dr. von Thaeer. Am März 1930 wird mit dem Bau der Ferngasleitung von Waldenburg über Badstube nach Warmbrunn begonnen; die Betriebseröffnung soll Anfang Juli 1930 erfolgen. Der Aufsichtsrat ermächtigte den Vorstand zum Abschluß eines Gasbezugsvertrags mit der Niederschlesischen Bergbau-G., Waldenburg, und eines Gaslieferungsvertrags mit der G. für Gas und Elektrizität, Bln.

Abschl. d. der deutschen Luftfahrt

Leichte Besserung der Wirtschaftlichkeit

Auf der gestrigen Generalversammlung der Deutschen Luftfahrt G. wurden Geschäftsbericht und Bilanz des Unternehmens für 1928 bekanntgegeben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr v. Stauff begründete die reichlich späte Bilanzvorlage mit der Ungewißheit über die Subventionen des Reiches. Ohne die neue Regelung, die für die Luftfahrt für die nächsten Jahre bestimmte Darlehensbeträge vorsieht, wäre man zu sehr großen Sonderabschreibungen gezwungen gewesen.

Das dritte Betriebsjahr der Deutschen Luftfahrt, die ein Monopol für den deutschen Flugverkehr besitzt, hat zwar eine weitere Verkehrsentwicklung gebracht, jedoch hat sich das Tempo des Verkehrsaufschwunges erheblich verlangsamt. So wuchs die Anzahl der geleisteten Flugkilometer nur um 11 Proz. von 9,2 auf 10,2 Millionen Kilometer. Die Verkehrsausdehnung im Vorjahr gegenüber 1926 betrug dagegen 30,5 Proz. Befördert wurden im letzten Jahr 111 115 Passagiere, was einer Steigerung um acht Prozent entspricht. Die Menge des beförderten Gepäcks ist um 868 460 Kilogramm um 6 Proz. gestiegen, während im letzten Jahr eine Steigerung um mehr als 100 Proz. erzielt werden konnte. Dagegen weisen die beförderte Fracht und Zeitungen einen sehr kräftigen Zuwachs um 40 Proz. auf 1,18 Millionen Kilogramm auf. Auch die beförderte Post konnte mit rund 317 600 Kilogramm einen Zuwachs um 16 Proz. vorweisen. Der Flugzeugpark des Unternehmens, der am Anfang 1928 140 Maschinen, darunter 41 Großflugzeuge, aufwies, erhöhte sich zum Jahresende auf 148 Maschinen. Allerdings ging die Zahl der Großflugzeuge von 41 auf 33 Maschinen zurück.

Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens hat sich erfreulicherweise im letzten Betriebsjahr etwas gebessert. Wenn auch von den in der Gewinnrechnung ausgewiesenen 30,5 Millionen Einnahmen nur 9,7 Millionen aus den reinen Flugdienstgewinnen stammen und der weitaus größte Teil der Gewinne in Höhe von 20,9 Millionen auf Subventionen und Beihilfen von Reich, Ländern und Gemeinden entfallen, so hat sich doch das Verhältnis der beiden Gewinnquellen etwas zugunsten der Betriebsinnahmen verschoben.

Hemmer-Rogalla: Die gelbe Hölle

Fernab liegt das schöne Sizilien. Aber an einer Stelle seiner Küste begreift man es kaum, daß es auf derselben Insel grüngoldene Orangenbäume gibt und die tiefblau umrandete Schneekappe des Vesuvius und das flüchtige, schöne Laurostigma mit dem griechischen Freilichttheater, wo seit neuestem wieder gespielt wird. Auch das allerärmlichste, kleine, nein, verhältnismäßig große Glück, in einer halbverfallenen Hütte zu hausen, mit vielen Kindern, Ziegen und Schwein, liegt weit, unfassbar weit ab.

Der Mensch ist das stärkste Lebewesen.

Es gibt nur Elend, gelbes Elend, in der Schwefelgegend an der südlichen Abdachung der Madonie zum Meer. Das Land sieht wie ein gigantischer gelber Ameisenhaufen aus, mit Hunderten von schwarzen Höhlen: den Stolleneingängen. Ringsumher ist es da und trocken. Kilometerweit kein Grashalm, kein Insekt. Die Schwefeldämpfe der Meiler vernichten und verjagen das zartere Leben, nur der Mensch, das widerstandsfähigste Lebewesen, zieht nach der gelben Erde und in die gelbe Erde, weil dabei etwas zu verdienen ist. Nirgends gibt es solches Elend, so unmenschliche Lebensbedingungen. Bei den Gruben sieht man weit und breit kein Haus, die Picconieri, die schwergeplagten Heuer und ihre Helfer, die bebauernswerten Carusi, haben überhaupt keine Untertunft. Sie schlafen im Sommer wie die Tiere im Freien und im Winter an Orten, die auch das liebe Vieh nicht oshalten würde, nämlich in der düstergeschwängerten Stüch der Schwefelgruben. Nun: es ist ihr freier Wille, was die Picconieri anfangt, die Carusi aber, das ist das Entsetzliche, in unserem Zeitalter kaum Fälsche, die Carusi sind Hörge, Leibeigene, Sklaven — Kinderknechte.

Die kleinen Sklaven.

Für ein paar hundert Lire Vorschuß sind die Knaben ihren Eltern quasi abgekauft worden. Es sind die Picconieri, die die Kinder „anwerben“. Den Vorschuß, den die Heuer auf die Kinderarbeit zahlen, können die in der bittersten Not lebenden Eltern meistens nicht zurückzahlen, de facto fast nie. Also verbleibt der Knabe in der Grube, sojochredlich es ihm dort auch ergeht. Von dem lächerlich geringen Lohn, den er bekommt, wird das Essen abgezogen, und der Picconieri sorgt dafür, daß die Rechnung aufgeht. Tagelohn, tagaus, jahraus, jahraus muß das der Pflege der Eltern entzogene, unter rohesten Menschen lebende, auf das brutalste behandelte, zumeist noch zarte Kind Lasten schleppen, von einem Gewicht und in einer Luft, die es, wenn nicht dem frühen Tode, so dauernder Verkrüppelung zuführen.

Man stelle sich lange Reihen von fast nackten Knaben vor, die feuchend die schweren, unregelmäßigen Stufen des Stollens importieren, das Grubenlicht auf der Höhe, wie Irrlichter, eine Last von zwanzig Mio und mehr auf dem Rücken. Schwelstriefend und mit zitternden Knien taumeln sie durch die düsteren Schächte. Die Hitze ist unerträglich, 40 Grad Reaumur und darüber. Im Stollenausgang bläst ein eisalter Wind über die schweißtriefenden Knabenkörper. Jetzt laufen sie das letzte Stück bis zu den Calcaroni, den Schwefelschmelzen, wo sie sich endlich ihrer drückenden Last entledigen, um wieder 80 bis 100 Meter tief hinaufzusteigen in die gelbe Hölle, wo die Arbeit von neuem beginnt.

Ob können sich die niedergedrückten Knabenkörper nicht mehr aufrichten und laufen gebückten Rückens zur Grube zurück, als drücke sie eine unsichtbare Last nieder. Dester verlagert die Kraft in den Stollen, dann hilft der Heuer mit der Peitsche nach; oder wenn die Peitsche nicht mehr hilft, verbrennt er dem Knaben mit der Grubenlampe die Waden. Was wunder, wenn Verzweiflung die Kinderknechte zu Fluchtversuchen treibt. Sie gefangen halten. Dester geschieht es, daß die unfreiwilligen kleinen Bergknappen wieder eingefangen und halb oder ganz zu Tode geprügelt werden. Im letzten Falle wirft man ihre Körper in einen alten verfallenen Stollen. Es geschieht so viele Unglücksfälle, wer will es kontrollieren?

Die Carusi finden ihre Erlösung erst im Tode, der freilich nicht sehr lange auf sich warten läßt. Selten überlebt ein Carusi das 25. Lebensjahr, am häufigsten stirbt er an der Tuberkulose. Vorher ist meist schon das Rückgrat verkrümmt und die Brust eingesenkt. Im zarten Alter von 6, 7 Jahren begann vor nicht langer Zeit schon die Siphonarbeit der sizilianischen Grubenjungen, jetzt hat man die Altersgrenze auf 12 hinaufgesetzt, aber die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes sind ungenügend und die Ueberwachung ist mangelhaft. Gegenüber dem Eigenmut einflussreicher Industrieller bleibt die Staatsgewalt ohnmächtig.

Die Dämpfe des Todes.

Die 400 Gruben, die heute noch in Betrieb sind, zeigen die primitivsten Einrichtungen. Sie stützen sich auf Raubbau, unter Vernachlässigung jeglicher Vorsicht. Man arbeitet wie vor 100 Jahren, und selbst die wenigen, mit Maschinen ausgestatteten Gruben müssen diese einrotten lassen, da die Picconieri von den alten Sitten, respektive Unsitten, nicht abzubringen sind. Wenn der Staat sich streng nach den geltenden Schutzgesetzen halten würde, müßte fast die Hälfte der Gruben gesperrt werden, weil sie nicht vorchriftsmäßig eingerichtet sind. Das glaubt der Staat nicht tun zu müssen, um nicht unter einer armen Bevölkerung die Arbeitslosigkeit zu vermehren und die finanziell schon schwer kämpfenden Grubenbesitzer vollends zu ruinieren. Die meisten Gruben sind verpackt, unglücklicherweise also an der Tagesordnung. Häufig entstehen sie durch Entwicklung schwerer Gänge, die sich zu Boden senken und mitunter einen Meter Höhe erreichen. Die Schwefelgase sind sichtbar, bilden einen mäßigen Nebel. Fällt jedoch ein Arbeiter in dieser Gaschicht zu Boden, so ist er unrettbar verloren. Er ist sofort betäubt, und man kann ihm auch keine Hilfe bringen. Will einer ihn aufheben, so fällt er in die betäubende Gaschicht hinein. Ich kann mich eines Falles erinnern, wo bei einer verfruchteten Rettung sechs Mann liegend geblieben und erstickt sind.

Das Schmelzen.

Die Masse wird nur mit der Haut abgeschlagen, das ganze Stollen ist Muskelarbeit, Stück für Stück. Haue und Schaufel sind die zwei einzigen Werkzeuge des Picconieri in den meisten Gruben. Holzschälungen sind eine Rarität, und die künstliche Ventilation fehlt gänzlich. Was die modernen, zumeist englischen Gruben an-

langt, da gibt es pneumatische Hämmer, elektrische Bohrer, Grubenbahnen und alles was zu einem modernen Betrieb gehört. Aber es gibt auch dort Carusi, ohne die ist eine sizilianische Schwefelgrube nicht zu denken. Die Picconieri können ohne Carusi nicht arbeiten, auch wenn die Förderung mechanisch erfolgt.

Die Fördermasse wird zunächst zerkleinert, wiederum von Carusi mittels Körben auf der Schulter getragen und in die kaltofenähnlichen Schwefelschmelzen, die Calcaroni, geschüttet. Die Defen laufen innen spitzig nach unten zu und haben am Ende eine Ausflußröhre nach außen, die mit Tonerde zugestopft ist. Wenn der Ofen gefüllt ist, wird er mit einem Eisendeckel mit Abzugöffnung zugedeckt. Unten wird der Schwefel angezündet und er brennt dann weiter. Weithin sichtbar steigen hellblaue Dämpfe aus den Röhren gitternd in den dunkelblauen Himmel. Nach 5 bis 6 Stunden wird die Tonerde der Abflußröhre zum ersten Male durchgestochen und der Puffogreggio, der Rohschwefel, rinnt schmutzgelb in futtertrogartige Formen: Balate. Dieser Schwefel, der noch 10 bis 15 Prozent Unreinigkeiten enthält, wird alsdann erkaltend gelassen.

Salamon Dembitzer: Rückblick auf zehn Jahre

Sollte man es für möglich halten? Man lebte zehn Jahre in einem Judenstädtchen und es passierte fast gar nichts darin, man sah täglich dieselben zwei Märkte und die kleinen, verschlafenen, einstöckigen Häuschen. Und die Einwohner standen vor den Türen ihrer Geschäfte oder saßen auf den Schwelmen ihrer Häuschen und guckten . . . weiter nichts.

Kennen Sie vielleicht dies eine erwähnenswerte Begebenheit, daß zwei einjige Male zur Sommerszeit zwei Käufer aus fremden Städten kamen? Letzere, abgelebte Männer, welche in weißer Altmunition mit Glöcklein dreimal den Markt herumliefen. Die Stöckchen hingen sehr laut und das ganze Städtchen sah sich in höchster Erregung das Schauspiel an.

Aber als der Käufer dann von Tür zu Tür ging und mit dem Lappi das „Honorar“ einkassieren wollte, waren die meisten verschwunden. Sie waren schon längst im Bethaus und besprochen das Ereignis.

Sollte nichts in dieser langen Zeit mehr passiert sein?

Oh, doch! Einmal hatte es sogar gebrannt. Um Mitternacht war ein schreckliches Feuer ausgebrochen und ein einsames Häuschen stand vollends in Flammen. Die meisten Leute liefen im Händ herum und schrien zu Gott um Hilfe. Aber weil keine richtige Feuerwehr vorhanden war, flackerte dieses Häuschen ungehört weiter . . . dann geschah es, daß eine kleine, ältere, sehr fromme Frau auf dem Balkon eines Nebenhauses erschien und die Händ ringend laut zu schreien begann: sie hätte fünf unversorgte Kinder und wenn das ihr gehörige in dem Hause befindliche Kolonialwarengeschäft ganz vernichtet werden sollte, dann müßte sie nicht, was geschehen soll — und falls Gott in diesem Augenblick das Feuer nicht einstellen sollte, dann müßte sie sich gleich vom Balkon hinunterstürzen!

Da wurden die Leute ganz entsetzt und schrien zu ihr hinaus: das wäre ja die reinste Drohung — ob man Gott auf diese Weise versuchen darf? Gott weiß, was er tut . . .

Beherrzte Menschen schleppten die Frau vom Balkon herunter und während sie diese mit Vorwürfen überhäuften, meinte die Frau resigniert: „Gut, gebt ihm nur Recht, gebt ihm nur Recht. Dann wird er auch eure Häuschen anzünden!“

Sollte im Laufe dieser Jahre wirklich nichts passiert sein? Doch, einmal kam ein neues Regiment an. Die Offiziere veranstalteten ein Bankett im Kasino, das sich inmitten des Marktes im Rathaus, das zugleich Gefängnis war, befand. Die Herren Offiziere waren an diesem Sommerabend in sehr guter Laune. Sie öffneten die Fenster oben und riefen Vorbeigehende heran. Und als viele beisammen waren, warfen sie plötzlich Geld hinunter. Als die in dem Gäßchen befindlichen Leute das von weitem sahen, ging durch das ganze Städtchen ein Schrei: „Geld wird gemorfen!“

Geld und Gott, das waren die wichtigsten zwei Objekte, auf die sich das Denken und Fühlen dieser Leute konzentriert hatte.

Sie stürmten alle zum Rathaus und baldigten sich auf der Erde, um die Kränze zu erwischen. Und als die Offiziere sahen, daß das ganze Städtchen auf der Erde liege und sich um das Geld herumdränge, leerten sie noch die Reste aus ihren Portemonnaies und gossen gleichzeitig noch Wasser hinunter. Ein übermütig wildes Gelächter — würdig der Offiziere Kaiser Franz Josefs — erscholl oben, während sich unter ein Getöse und Gemurmel erhob — würdig der Einwohner dieses Restes.

Ist das schon alles?
Keinesfalls.

Es gab bestimmt noch Dinge, die aber kaum noch erwähnenswert sind, so zum Beispiel, daß eine einzige Zeitung aus der Hauptstadt in dieses Städtchen kam und die wichtigsten Ereignisse wurden noch Monate lang besprochen und gaben Stoff zu ausgiebigen Debatten. Und der, der die Zeitung abonniert hatte, war der Angesehenste im ganzen Städtchen . . .

Aber auch der Apotheker wurde geachtet. Der ging vierzig Jahre lang durch dieselbe Straße zur selben Zeit. Ging spazieren, dreimal hin und zurück, mit einem Schirm, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit und keiner konnte sich erinnern, daß der Schirm jemals gebraucht wurde . . . deshalb behaupteten die Leute, es wäre der haltbarste Schirm der Welt . . .

Außerdem traf es sich einmal, daß der Graf Potoki eines Sommerabends im Städtchen herumließ, um nach Frauen Ausschau zu halten . . . Er schien angetrunken und frühlte mit seinem Stod. Als die Einwohner dies sahen, verkrachten sie sich in die Wohnungen und guckten aus ihren Fenstern . . . einerseits hatten sie Angst vor ihm, andererseits freuten sie sich, daß dieser Mächtige so heruntergekommen sei. Vielleicht zur Strafe, weil er sein schönes Schloß vor der Stadt verschlossen hielt und niemanden hineinließ.

Die Liebhaber des Pulvers.

Die abgefüllten Balate werden nach den Hafenanlagen gefahren. Catania ist der Hauptstapelplatz, und die Hafenanlagen sind geld angehaucht wie der Grubenrajon, dessen Zentrum die Stadt Catanzaro ist. Nur ein Fünftel des gewonnenen Schwefels (von dem es sieben Sorten gibt) wird in den Hafenanlagen Siziliens raffiniert und als Schwefelblume verkauft. Der Rest geht roh ins Ausland, hauptsächlich nach Frankreich, wo das Schießpulver besonders beliebt ist. Die Engländer indessen haben ihre eigenen Gruben in Sizilien, zwar nur drei, aber sie sind die größten, modern eingerichtet und liefern drei Viertel der Gesamtproduktion. In England sieht man das Pulver womöglich noch inniger.

Obwohl nun die Pulverproduktion beiseite nicht abnimmt, geht die sizilianische Schwefelproduktion rasch und stark zurück. 1913 wurden noch 24 Millionen Tonnen, jetzt wird circa eine Million gewonnen. Die Arbeiterzahl sank von 30 000 auf 10 000. Es ist heute einfacher, den Schwefel chemisch im Laboratorium zu erzeugen, außerdem machen japanische und amerikanische Gruben Konkurrenz. Ein Amerikaner hat für 300 000 Pesetas einen 3000 Meter hohen Vulkan von einem mexikanischen General gekauft. Dort befinden sich heute die modernsten und reichsten Gruben der Welt. Man sieht: die Pantees haben die großzügigste Liebe zum Pulver.

Ja, auch dieses Ereignis darf nicht vergessen werden.

Da kam eines trüben Herbsttages, während der Himmel bewölkt war und schon seit dem dritten Tag ein Landregen niederging — eine Fuhrer und hielt inmitten des Marktes. Sie war bedeckt mit einem schwarzen Tuch und neben ihr waren zwei Männer angelehnt und blickten traurig auf die verlassensten kleinen Gäßchen und warteten. Zuerst mußte man nicht, was das sei, dann erfuhr man, das wären die zwei fortgeschrittensten, außerhalb der Stadt wohnenden Lederhändler, die ganz und gar nicht mehr so gläubig waren — und daß in der Fuhrer ihre tote Mutter läge, die sie beerdigen lassen möchten. Ja . . . trotz ihrer Ungläubigkeit wollten sie die Leiche nicht drei Tage liegen lassen, weil sie die Verantwortung für eine so große Sünde nicht übernehmen könnten . . .

Aber die Vorsteher dieses Städtchens hatten gar keine Eile — gar keine —, die sagten, wenn sie ihre Mutter ausländig begraben lassen wollten, müßten sie eben bledien.

Sie wollten ja auch Mechen, aber nicht so viel. Sie baten um Erbarmen.

O, da kamen sie schön an. Mit Ungläubigen Erbarmen? Wo stünde das geschrieben?

Und dann, wenn eine Mutter stirbt, kann man schon das Letzte verkaufen, um ihr ein ehrenhaftes — — —

Ja, aber sie konnten es wirklich nicht. Sie schworen, daß es über ihre Kräfte ginge — — — aber wer glaubt den Ungläubigen?

Im ganzen Städtchen tochte es und alle meinten, wenn man bei solchen Leuten nicht nehmen soll, bei wem denn?

So blieben die zwei Männer bei der Fuhrer die ganze Nacht stehen, es regnete unaufhörlich. Das Wasser ging durch die Erde und der Leichnam wurde schließlich ganz naß. O, war das eine Nacht! Die Geschäfte und Häuser geschlossen, die Gassen leer und einsam, die Stadtlampen verlöschen, es war dunkel, unheimlich und etwas läßl. Der Wind heulte und pfiß und peitschte den Regen in die Gesichter dieser zwei sonst mutigen Männer, die plötzlich erschrafen, weil sie glaubten, die Stimme eines unsichtbaren Gespenstes gehört zu haben — — — aber das war kein Gespenst, das war ein neunjähriger Bursche, der ausgeblieben war, um dieses merkwürdige Bild des Sammers zu betrachten. Und der zum erstenmal laut dem Gott dieses Städtchens geflücht hatte.

Als der Morgen zu grauen begann, ging einer der beiden in ein am Markt gelegenes Eckhaus, klopfte lange an das Fenster, das dann schließlich geöffnet wurde, es folgte ein kurzes Verhandeln.

Als dann später die Geschäfte geöffnet wurden, die ersten Menschen zum Bethaus eilten, mußte man schon, daß die zwei Männer unterlegen seien. Sie mußten alles, was man von ihnen verlangte, bezahlen. Allerdings die Hälfte in Wechseln.

War es ein Wunder, daß die Leute dieses Ereignis mit sehr viel Wohl begossen und über ihren Sieg noch jahrelang sprachen? Dies war auch der wichtigste Vorfall im Laufe dieser zehn Jahre!

Der amerikanische Spießer

Kennen Sie den Mann, der im Restaurant am Nebentisch sitzt und mit Stentorstimme erzählt: „Lieber Mann, da kann ich Ihnen ja nu wirklich authentische Auskunft geben. Wir im großen Hauptquartier haben da ja so den richtigen Einblick gehabt.“ Oder: „Mein Vetter im Reichswehrministerium hat mir gesagt, und was der sagt, is so . . .“ Kennen Sie diesen Mann? Solch ein flecker Kerl ist auch Lowell Schmalz, den Sinclair Lewis photographierte in dem Buch: „Der Mann, der den Präsidenten kannte“ (Verlag Ernst Rowohlt, Berlin). Beim Lesen dieses Buches sieht man diesen „Haarsträubenden Bürger“. Wirklich, man sieht, wie dieser Bureauhändler aus Smith, USA, im Klub, im Speisewagen, zu Haus oder als Festredner seine Plattheiten losläßt. Wie sich bei ihm Totalpatriotismus, Rationalismus, Rassenstolz, Geschäftszucht, Bigotterie und Frechheit zu einem hundertprozentigen Amerikanismus mischen, ist grandios gezeichnet.

Doch sehr bitter ist das Buch, weil dieser Mr. Schmalz kein Phantasieprodukt ist, sondern eine häufige Figur aus einem Hundert-zehn-Millionen-Volk. Nicht nur aus einem Hundert-zehn-Millionen-Volk, sondern das Bild des Spießers bei allen Völkern, in allen Sprachen. Die dieser Mister Schmalz Karten spielt oder, vom Hunderten ins Tausendste kommend, ein Erlebnis erzählt, unter-scheidet sich in nichts z. B. von der Art des deutschen Spießers. Wenn er insagt: „Die Farmer sind das große Rückgrat und die Stärke unserer Nation,“ könnte das nicht auch bei uns gesagt worden sein? Er spricht gern und häufig über Politik. Er hat von Politik wie von allen anderen Dingen nicht die geringste Ahnung, aber er redet darüber.

Wer Amerika von der anderen Seite kennenlernen will, lese Sinclairs Buch.
Fritz Jancke.

